Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 Sonnabend, den 29. März 1919 Nummer 150 • Morgen-Ausgabe

[illegible]

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 I. [illegible]
Fernsprecher: Amt Norden [illegible]

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 75 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Spannung in Frankreich.

Stürmische Kammersitzung.

Bern, 28. März.

Pichons Kammerrede erregte unter den Deputierten so große Unruhe, daß Deschanel öfter im Begriffe stand, die Sitzung aufzuheben. Nach der Rede Pichons mußte eine Pause von einigen Minuten eingelegt werden. Nach der Pause ergriff Moutant das Wort und rechnete in sehr scharfen Worten mit Pichon ab, weil seine hohle Rede den Ernst der auswärtigen Lage vollständig verkannt habe. Der Bolschewismus breite sich in Mitteleuropa ständig aus. Eine Allianz gegen Frankreich, der vielleicht auch Deutschland angehören würde sei im Entstehen begriffen. Die französischen Soldaten in Rußland wollten nicht mehr kämpfen. Unsere Politik gegenüber Rußland muß absolute Neutralität sein. Fremde Intervention hat ein Land niemals vor der Anarchie bewahrt. Welche Haltung nimmt die französische Regierung in der Frage des Saarbeckens und des linken Rheinufers ein? Da die Regierung keine demokratischen Ideale besitzt, wenden sich die Völker zur Revolution. Wir treiben eine Politik des Imperialismus, besonders in der Frage der Verteilung der Kolonien Kleinasiens, wovon die Völker nichts wissen wollen und deshalb dem Bolschewismus entgegengehen. Moutant schilderte sodann die Vorgeschichte der ungarischen Revolution und erklärte, daß Karolyi bereits im November 1917 den französischen Botschafter in Bern aufgefordert habe, Ungarn gegen Deutschland aufzuwiegeln nach demselben System, das Deutschland mit Hilfe der Maximalisten in Rußland anwandte, was aber damals von der Entente fallen gelassen worden sei. Pichon unterbrach den Redner, mit den Worten, die ungarische Revolution sei ausgebrochen, weil die Entente Rumänien die Grenzen geben wollte, auf die es ein Recht habe. Moutant erwiderte: Wenn Ihre Politik in den vergangenen fünf Monaten irgend etwas getan hätte um das elende Leben gewisser Nationen zu erleichtern, so wäre es nicht so weit gekommen. Heute droht eine österreichisch-ungarisch-deutsch-russische Allianz. Die Sitzung wurde unter lebhaftem Tumult vertagt.

Die europäische Kommune.

Amsterdam, 28. März.

Das Organ der sozialdemokratischen Partei „Het Volk" zitiert einen Artikel des Hauptredakteurs der Pariser „Humanité" Marcel Cachin, worin dieser den 48jährigen Gedenktag des Aufstandes der Pariser Kommune feiert und schreibt:

Jetzt hat der militärische Sturz der drei früheren Kaiserreiche ebenfalls eine Kommune in großem Maßstabe in ganz Osteuropa ins Leben gerufen. Hunderte von Millionen Proletarier kämpfen für dasselbe Ziel wie ihre Vorläufer von damals. Die Bewegung, die wir erleben, nimmt eine unermeßliche Ausdehnung an. Bald wird sie Europa und die ganze Welt überströmen. Alle Hellsehenden verspüren schon jetzt die Anzeichen davon.

Aus einem anderen Artikel derselben Nummer der „Humanité" zitiert „Het Volk" eine Stelle, in der u. a. gesagt wird: In der Stunde, wo wir vielleicht der allgemeinen Kommune nahe sind, gehen unsere Gedanken zurück zu der Kommune von Paris. „Het Volk" sagt dazu: Diese Aussprüche des Parteiblattes sind nicht nur bezeichnend für die hoffnungsvolle Stimmung unserer französischen Geistesverwandten, das Andenken an die Pariser Kommune erhält in diesen Tagen die Bedeutung einer politischen Tat.

Verständigung in England.

London, 27. März (Reuter).

Bei Schluß der Konferenz gab heute nachmittag Thomas bekannt, daß die Eisenbahner das Anerbieten der Regierung angenommen haben.

Finanzverfügungen der ungarischen Räterepublik.

Budapest, 28. März.

Heute wurde eine Verordnung über die Oeffnung der Safes erlassen, die in Anwesenheit einer Kommission erfolgen soll. Die in den Safes enthaltenen Gelder werden den Eigentümern auf Bankkonto gutgeschrieben. Goldmünzen und fremde Valuten werden umgerechnet und auf Bankkonto gutgeschrieben. Juwelen und Papiere können in den Safes verbleiben. Einlagebücher müssen den Eigentümern ausgefolgt werden. Sämtliche in Privateigentum befindlichen Goldmünzen und fremde Valuten müssen binnen [illegible] dem Staat übergeben werden, der sie in Kronen ausbezahlt. Heute meldeten sich bei allen Banken viele Leute die Geld abheben wollten. Die Auszahlung ging glatt vor sich.

Der frühere Handelsminister Szterenyi und Honvedminister Szurmay, die bisher in einem westungarischen Kloster interniert waren, wurden nach Budapest überführt und in einem Sammelgefängnis untergebracht.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Ueber den Eisenbahnerstreik in Oesterreich liegen folgende Meldungen vor. Der Streik dehnt sich aus und droht die Lebensmittelversorgung in neue Schwierigkeiten zu stürzen:

Wien, 28. März.

Nach einer Meldung aus Graz sind auch die Angestellten der Staatsbahnen in den Ausstand getreten. Die streikenden Südbahnangestellten, mit denen sich die Beamtenschaft solidarisch erklärte, setzten einen Eisenbahnerrat ein, der dauernd tagen soll.

Der Ausstand der Eisenbahner hat sich auf die Franz-Josefs-Bahn und die Westbahn ausgedehnt.

Heute vormittag ist auch das Personal der Nordbahn in den Ausstand getreten, so daß jetzt fast der ganze Fernverkehr von Wien ruht; die Verhandlungen zwischen der Regierung und allen Eisenbahnerverbänden sind fortgesetzt worden. Wenn die auf den Strecken liegenden Lebensmittelzüge morgen nicht wieder fahren, so wird in nächster Woche die Brotzuteilung allgemein auf die Hälfte herabgesetzt werden müssen.

Wien, 28. März.

Staatskanzler Renner, der Staatssekretär für das Heerwesen Deutsch und Abgeordneter Tomschik verhandelten gestern abend mit den Vertrauensmännern der ausständigen Eisenbahner, die einen achtgliedrigen Ausschuß wählten.

Neue Ausstände im Ruhrgebiet.

Essen (Ruhr), 28. März.

Die Ausstandsbewegung hat sich heute weiter ausgedehnt. Im Dortmunder Bezirk sind elf, im Wittener Bezirk zwölf und im Bochumer Bezirk sieben Zechen beteiligt. Die Ausständigen zählten in der gestrigen Mittags- und Nachtschicht und in der heutigen Morgenschicht 31 600 gegen 23 200 Mann gestern. Der politische Hintergrund der Bewegung ergibt sich aus folgenden Forderungen an die Regierung, die gestern in einer Versammlung in Langendreer beschlossen wurden: 1. Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte. 2. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte (Kommandogewalt betreffend). 3. Freilassung aller politischen Gefangenen. 4. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr. 5. Sofortige Anknüpfung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetregierung Rußlands. 6. Sofortige Einführung des Sechsstundentages. 7. Entwaffnung der Polizei im Ruhrgebiet und in ganz Deutschland.

Eine neue internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 27. März.

Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt, daß die Internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam am 25. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zur Konferenz erwartet.

Uns ist bisher von der Einberufung einer neuen Konferenz nichts bekannt.

1. Mai und 9. November Feiertage.

Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung hat beantragt, den 1. Mai und 9. November zu Feiertagen zu erklären.

Mehllieferungen aus Schweden.

Stockholm, 27. März.

Wie „Nya Dagligt Allehanda" erfährt, haben die alliierten Mächte durch den amerikanischen Gesandten Morris in Stockholm das schwedische Rote Kreuz ermächtigt, 50000 Tonnen Mehl unmittelbar nach Deutschland auszuführen, falls die Bezahlung in der vereinbarten Weise erfolgen kann. Es handelt sich sowohl um Weizenmehl wie Roggenmehl, das Schweden nachher von Amerika zurückerhalten soll.

Der Ernst der Lage.

Die gestern abend veröffentlichte Note General Nudants und die Antwortnote der deutschen Regierung haben den ungeheuren Ernst der Situation grell gekennzeichnet. Falls nicht in letzter Stunde ein Weg zur Verständigung gefunden wird, stehen wir tatsächlich vor einer Unterbrechung des Waffenstillstandes mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Die alldeutsche Presse, die mit Sehnsucht eine solche katastrophale Wendung erwartet, begrüßt die deutsche Antwortnote in überschwenglicher Weise. „Endlich einmal — jubelt die „Deutsche Zeitung" — eine Tat, zu der sich diese bisher tatenlose Regierung aufgerafft hat."

Andere rechtsstehende Blätter suchen die Regierung scharf zu machen, indem sie die sattsam bekannten Phrasen über „nationale Würde" und „nationales Ehrgefühl" herunterleiern. Diese Blätter sehen in ihrer nationalistischen Verranntheit nicht, welchen ungeheuren Schaden sie dem deutschen Volke zufügen, indem sie der Abwehr unberechtigter Forderungen der Entente einen Charakter verleihen, der durch seine nationalistische Färbung die Sympathien für den deutschen Protest im Keime ersticken kann.

Es ist indes zu hoffen, daß diese Verstiegenheiten alldeutscher Organe, die das Verbrechen des Weltkrieges ebenso auf dem Gewissen haben, wie die fortgesetzte Verschärfung der Beziehungen zu den Polen, im Auslande nicht allzu ernst genommen werden. Die große Masse des deutschen Volkes hat sich von der verlogenen Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien abgewendet und wünscht nichts sehnlicher, als die Herbeiführung des Friedens auf der Grundlage der Abrüstung und der freien Selbstbestimmung der Völker. Aber weil sie sich auf diesen Boden gestellt hat, kann sie sich nicht damit abfinden, daß Nationalismus und kurzsichtige Annexionspolitik auf der anderen Seite, die Möglichkeiten der Völkerverständigung verhindern und den Keim für neue Kriege und blutige innere Wirren legen.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Stellung zu der Polenpolitik der Entente zu beurteilen. Die Regierung hat durch ihre unheilvolle Behandlung der Polenfrage, bei der die alte Hakatistenpolitik mehr zur Geltung kam als eine friedliche Verständigungspolitik, an den Interessen des deutschen Volkes schwer gesündigt. Sie hat unter dem Einfluß der eingefleischten Polenhasser in den Aemtern und der kriegs- und abenteuerlustigen Offiziere in der Armee die Spannung in den Ostprovinzen mehr und mehr gesteigert und dem Chauvinismus der polnischen nationalen Politiker Vorschub geleistet. Sie hat durch ihre famose „Grenzschutz"-politik, durch die die polnische Bevölkerung fortgesetzt provoziert wurde, jedes Mißtrauen in den Ententeländern genährt, die einen günstigen Boden für die zunehmenden Forderungen allpolnischer Annexionisten bilden. Nur so konnte es geschehen, daß eine Frage, deren endgültige Regelung dem Friedenskongreß zusteht, sich nun soweit zugespitzt hat, daß von ihr das Schicksal des Friedens überhaupt abhängig ist.

Der Kernpunkt des Konfliktes zwischen Deutschland und den Alliierten ist die Zukunft Danzigs. Die Alliierten verlangen, daß Deutschland die unter dem Kommando des General Haller stehende polnische Armee in Danzig landen lasse und ihr freien Durchzug nach Polen gestatte. Die deutsche Regierung ist bereit, die Landung dieser Armee in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau vornehmen zu lassen, sie lehnt aber die Landung in Danzig ab, weil sie annimmt, daß das Eintreffen der polnischen Armee das Signal zu einem polnischen Aufstande in Westpreußen geben würde, was die schwersten inneren und äußeren Komplikationen nach sich ziehen müßte. Sie glaubt ferner, daß die Anwesenheit einer polnischen Armee in Danzig auch dort vollendete Tatsachen schaffen könnte, die der Friedenskongreß nicht mehr rückgängig machen würde.

Für die Zukunft Deutschlands würde eine solche Besitznahme Danzigs nicht nur den Verlust einer deutschen Stadt bedeuten, sie würde Ostpreußen vollkommen von Deutschland isolieren, da die polnischen Nationalisten ganz offen die Forderung vertreten, daß die ganze Weichsel mit Einschluß Danzigs und Umgebung fest in polnischer Hand sein müsse. Also nicht mehr Neutralisierung der unteren Weichsel und Errichtung eines Freihafens in Danzig, sondern Polonisierung von Landesteilen, die eine starke

deutsche Bevölkerung aufweisen. Gegen diese Bestrebungen der polnischen Nationalisten wenden sich alle, die bei einer solchen „Regulierung" unserer Ostgrenze die Entstehung eines neuen Seuchenherdes in Europa befürchten. Gegen sie wenden sich auch die klassenbewußten deutschen Proletarier, die dem nationalistischen Interesse der Bourgeoisie die sozialen Interessen des arbeiten Volkes gegenüberstellen. Wie insbesondere die Unabhängige Sozialdemokratie in Westpreußen sich zu dieser Frage stellt, zeigen folgende Ausführungen des Genossen G. Schröder in unserem Danziger Parteiblatt „Das freie Volk":

„Das Verlangen Polens nach einem Zugang zur See ist berechtigt. Aber ebenso berechtigt ist der Anspruch Deutschlands auf Verbindung mit Ostpreußen. Westpreußen ist ein Gebiet, das zu zwei Dritteln deutsche Bevölkerung hat. Wir können den westpreußischen Polen nachfühlen, daß sie gerne mit ihrem Mutterlande vereinigt sein möchten. Ihnen ist viel Unrecht geschehen. Doch dieses Unrecht kann nicht dadurch getilgt werden, daß nun neues Unrecht geschieht. Errichtung eines polnischen Freihafens in Danzig, Internationalisierung der Weichselschiffahrt, Anstellung polnischer Beamten in den gemischtsprachigen Kreisen, Proportionalwahlrecht zu allen Vertretungen sind berechtigte polnische Forderungen. Sie mögen im Friedensvertrage festgelegt werden. Ja, wenn die Bevölkerung größerer zusammenhängender Distrikte sich für den Anschluß an Polen entscheidet, mag sie gehen, wohin ihr Herz sie zieht. Auch damit wollen wir einverstanden sein. Wir wollen mit unseren polnischen Nachbarn in Einvernehmen leben und Westpreußens Polen werden die deutsche Arbeiterschaft im Streben nach Gleichberechtigung stets an ihrer Seite haben. Aber polnisch wird die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie — mit Einschluß der unabhängigen Richtung und mit Einschluß der Spartakisten — nicht anders als gezwungen. Und nicht eine Minute länger als absolut notwendig, würde sie diesen Zwang ertragen."

Diese Aeußerung eines unserer führenden Genossen in Westpreußen, der im Namen vieler Tausender organisierter Arbeiter spricht, der den steinigen Boden im Osten für den Sozialismus bearbeitet, sollte der Entente als Warnung dienen, daß sie den Bogen nicht überspannen soll. Ihre leitenden Politiker verfolgen anscheinend dieselben strategischen „Sicherungspläne", die General Ludendorff auf der Höhe seiner Macht in den von Rußland geraubten Ostländern verfolgte. Auch er wollte eine Barriere der deutschen Weltmacht errichten, die vom Nordkap über Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, Polen, Rumänien nach Vorderasien führen sollte. Aber diese Barriere ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen, als die Massen sich in Bewegung setzten.

Wenn jetzt in den Ententeländern, wie neuerdings in der „Times" ausgeführt wurde, der Plan gehegt wird, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer eine ähnliche Barriere zu errichten, und Polen die Rolle des Gendarmen zuzuweisen, so mögen sich die Politiker, die diesen Zielen nachhängen, in die inneren Zusammenhänge des deutschen Zusammenbruchs vertiefen. Er erfolgte nicht nur, weil Marschall Foch über eine stärkere Truppenmacht verfügte, sondern auch, weil in Deutschland und den Ostländern der Boden aufgewühlt war für eine politische und soziale Umwälzung. Auf diesem vulkanischen Boden lassen sich keine Barrieren, keine strategischen „Sicherungen" aufrichten. Denn in dem Augenblicke, wo ein neuer Erdstoß aus der Tiefe kommt, bricht das ganze Kartenhaus der zünftigen Diplomaten und Imperialisten zusammen, und aus den Trümmern ihrer Pläne steigt sieghaft empor der revolutionäre Wille des Proletariats, der die Gesellschaft aufbaut auf den Boden der Gerechtigkeit, der Freiheit und der ursprünglichen Schöpfungskraft des arbeitenden Volkes.

Blutschuld.

(Eigen-Bericht der „Freiheit".)

Weimar, 27. März.

Die Sitzung, in welcher eine stürmische Auseinandersetzung zwischen den Parteien der offenen Gegenrevolution und der Regierung erwartet wurde, war eine seichte Komödie. Nachdem Herr Scheidemann am Mittwoch seine Demagogie gegen die Royalisten und Ludendorff-Freunde hatte spielen lassen, wurde Herr Heinrich Schulz vorgeschickt, um einige Fechterkunststücke gegen die Gegenrevolution und besonders gegen Herrn von Kardorff vorzuführen. Aber das war kein Angriff, sondern mehr ein Anflehen, und der Kern seiner Ausführungen war, daß er breit schilderte, wie die Rechtssozialisten sich bemühten, die „Revolution in Deutschland zu zügeln", um die Ruhe und Ordnung nicht zum Teufel gehen zu lassen. Diese Leute, die die Revolution verrieten, und sich damit brüsteten, die sie der Bourgeoisie preisgeben, können niemals mehr der Gegenrevolution mit dem ehrlichen Zorn und der Ueberzeugung des Revolutionärs entgegentreten.

Die Ausführungen Herrn Mayers-Kaufbeuren vom Zentrum, der versicherte, die ganze Sache vom Sonntag sei gar nicht so schlimm, und das hilflose Gerede des Grafen Posadowsky verstärkten nur den Eindruck der Woche.

Die Komödie wurde zur erschütternden Tragödie. Genosse Haase begann ruhig über die Vorgänge in Berlin zu sprechen. Der Belagerungszustand, Zeitungsverbote, das Standrecht — eine Reihe von Anklagen gegen die Regierung, und nun die erschütternden Fälle der Erschießungen in Berlin. Ruhig, fast monoton, erschütternd trägt er das schreckliche Tatsachenmaterial vor. Eine tiefe Trauer geht von dieser Darstellung aus. Tiefes Schweigen im ganzen Hause. Wen der Wahnsinn der Gewalt nicht völlig umnebelt hat, der empfand daß hier eine furchtbare Anklage vorgetragen wurde, die Anklage der mit Füßen getretenen Menschlichkeit gegen die Brutalität einer entfesselten Militärdiktatur.

Die unentwegten Schreier aus den Reihen der Rechtssozialisten verstummten. Auf ihnen lastete mehr als das Gefühl der Trauer, der Ergriffenheit angesichts der erschütternden Darstellung der Mordtaten der Soldateska in Berlin. Auf ihnen lastet Schuldbewußtsein. Wo ist ihr Protest, wo der Aufschrei der Menschlichkeit gegenüber diesen Greueln? Was haben sie getan, um diese zu verhindern? Was tun sie, um ihrer Fortsetzung Einhalt zu gebieten? Heinrich Schulz hatte namens seiner Fraktion dem bewährten Noske gedankt. Die sind mitschuldig und das Bewußtsein der Schuld hielt sie alle nieder.

Die Toten zeugten gegen die Gegenrevolution. Worte der Empörung, der Anklage hätten die gewaltige Wirkung ihres Zeugnisses nur abgeschwächt. Der erschütternde Eindruck, den die nackte Tatsachenaufzählung machte, war nicht zu verwischen. Vergebens überbot sich Noske in Provokationen und Enthüllungen seiner gegenrevolutionären Gesinnung, in seinem Werben um die Gunst der äußersten Rechten, der programmäßig die Angriffe eigentlich gelten sollten. Es ging vorüber, wie die Tatsache, daß Herr Scheidemann zum Schluß sich entschuldigte wegen seines Angriffes am Mittwoch, und es blieb nur eines: tiefe Trauer über die geschändete Menschlichkeit und die furchtbare Anklage der Toten gegen die, die die Blutschuld tragen.

Preußische Landesversammlung.

Den Mittelpunkt der gestrigen Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung bildete die Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokraten, die gelegentlich der Verabschiedung des Notetats abgegeben wurde. In dieser Erklärung wird der Regierung, die den kapitalistischen Staat stützt, und die mit allen Mitteln des alten Regimes gegen das revolutionäre Proletariat vorgeht, der heftigste Kampf angesagt und der Etat abgelehnt.

Die Verlesung dieses Mißtrauensvotums durch den Genossen Dr. Rosenfeld rief bei allen Parteien des Hauses und der Regierung einen Wutanfall hervor. Sofort erhob sich der Finanzminister Dr. Südekum, um den Schlag zu parieren. Vom freiesten aller Wahlrechte, von Demokratie, von Demagogie, von Gewissenlosigkeit, Gesichtslosigkeit und anderem redete der Minister. Genosse Dr. Rosenfeld stellte fest, daß Herrn Südekums Partei früher bei gleichen Anlässen nicht anders gehandelt hätte. Vom Kampf der Klassen will Südekum nichts mehr wissen.

Genosse Kleinspehn-Nordhausen, der zweite Redner unserer Partei, der in der großen Debatte zu Worte kam, rechnet mit den Anwürfen der Redner der verschiedenen Parteien und der Minister Heine und Südekum gegen uns, in ruhiger, aber entschiedener Weise ab. Er wies nach, daß die heute so viel gerühmte Demokratie nur Blendwerk sei. Wahre Demokratie würde erst durch den Sozialismus geschaffen. Kleinspehn rief wieder Heine auf den Plan, der in altgewohnter Manier entgegnete. Seinen Parteifreunden rief er zu, auf Anwürfe von dieser Seite nicht mehr zu reagieren. Mit hocherhobener Stimme betonte er sein Deutschtum und beschuldigte die Unabhängigen, daß ihre Tätigkeit die Aufforderung an die Entente bedeute: Fordert nur noch mehr! Starker, anhaltender Beifall folgte der Rede des Ministers Heine, aus den Reihen aller Rechtsparteien einschließlich der Demokraten. Nur bei den Rechtssozialisten war es diesesmal etwas stiller geworden. Der Herr scheint nachgerade seiner Partei doch etwas Unbehagen zu verursachen.

Vorher hatte Genosse Leid eine gründliche Steuerreform unter Heraufsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze gefordert.

Auf Ernährungs- und Landarbeiterfragen beziehen sich eine Reihe Anträge, die zunächst begründet werden, um dann an die zuständigen Ausschüsse zu gehen, damit das Haus heute geschlossen werden kann.

Für den geistigen Tiefstand dieser demokratischen Volksvertretung nur zwei Beispiele: In seiner Polemik gegen unsere Partei meinte der Minister Heine, Genosse Adolf Hoffmann sei früher mit seinen 10 Gebote-Broschüren hausieren gegangen, eine Behauptung, die Hoffmann in einer persönlichen Bemerkung auf ihren wahren Wert zurückführte. Und als Genosse Dr. Rosenfeld von der Politik der Regierung sprach und sie als Schützerin des Kapitalismus bezeichnete, rief der Mehrheitssozialist Heinrich Cunow Rosenfeld zu, es lebe der Lederhandel! Cunow ist wissenschaftlicher Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift „Neue Zeit". Das geniert ihn offenbar aber nicht, geistige Anleihen bei einem Heilmann zu machen!

Der „Vorwärts" wußte in seiner gestrigen Morgenausgabe zu melden, daß die drei Mehrheitsparteien bei Schluß der Beratung über die Regierungserklärung dem Hause einen Antrag unterbreiten wollten, der neuen parlamentarischen Regierung das Vertrauen auszusprechen. Ein solcher Antrag ist nicht eingebracht worden, aus welchen Gründen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Untersuchungskommission.

Der von der preußischen Landesversammlung zur Untersuchung der Unruhen eingesetzte Ausschuß ist gestern zum ersten Male zusammengetreten. Die Sitzung begann recht verheißungsvoll. Nach der in der preußischen Landesversammlung herrschenden Gepflogenheit wird der Vorsitzende und sein Stellvertreter für jeden Ausschuß der Reihenfolge nach von den verschiedenen Fraktionen ihrer Stärke gemäß gestellt. Würde diese Reihenfolge im Untersuchungsausschuß beobachtet worden sein, so würde ein Mitglied der Unabhängigen Partei zweiter Vorsitzender geworden sein. Das wollte man offenbar verhüten. Darum stellte man sich auf den Standpunkt, daß der Untersuchungsausschuß eigener Art sei, der nicht unter den anderen Ausschüssen rangiere. Vergeblich erhob Dr. Rosenfeld (U. S. P.) Einspruch gegen dieses Verfahren. Nur der Abg. Woldt (Soz.) unterstützte ihn dabei. Mit großer Mehrheit — zu der auch fast alle Rechtssozialisten gehörten — beschloß der Ausschuß, daß neben dem als ersten Vorsitzenden aufgestellten Rechtssozialisten ein Zentrumsmann zweiter Vorsitzender sein soll. Nach der Konstituierung wurde der Ausschuß auf den 8. April vertagt.

Die Gefängnisgreuel.

Auf Grund der von uns in der Donnerstagabendausgabe mitgeteilten Greueltaten der Regierungstruppen in den Gefängnissen hat die Regierung sich veranlaßt gesehen, eine sofortige Untersuchung der Vorgänge einzuleiten. Wir freuen uns des Erfolges unserer Kritik und verlangen dabei noch einmal, daß die Untersuchung mit aller Gründlichkeit, und zwar von einer unparteiischen Kommission vorgenommen wird. Zur Bekräftigung der von uns aufgestellten Behauptungen bringen wir noch folgende Beweise:

Ein Zeuge, der während der Mißhandlungen im Gefängnis saß, schreibt uns: Ich habe die Vorgänge, die Sie in Ihrem Artikel unter der Ueberschrift „Bestien" in Nr. 138 Ihres Blattes bringen, von meinem Zellenfenster aus beobachtet. Schon am 9. März sollen zwei Russen erschossen worden sein, angeblich weil man goldene Uhren bei ihnen gefunden hatte. Am 10. März ist der Matrose Reinhold Peters erschossen worden, weil er sich wehrte, als man ihn mißhandelte. Dieser Matrose erzählte mir vorher in der Freistunde, er sei auf dem Wege von der Arbeit verhaftet worden. Er wurde im Gefängnis der Lehrter Straße schwer mißhandelt und hatte ein stark angeschwollenes Auge. Den Kopf trug er im Verband. Am 10. März ging ein Transport nach Plötzensee. Dabei wurde der Matrose wiederum von Reinhardttruppen angegriffen. Ich habe gehört, wie der Major, der Kommandeur des Gefängnisses, zu den Mannschaften sagte: Stellt ihn in die Ecke! Kurz darauf fielen einige Schüsse. Ich habe zwar nicht direkt gesehen, wie Peters erschossen worden ist, aber ein Posten sagte mir später, der Erschossene sei ein Matrose gewesen mit verbundenem Kopf. Also kann es nur Peters gewesen sein. Ich kann meine Angaben beeiden. Auch diejenigen Gefangenen, die sich unter dem Transport befanden, der nach Plötzensee ging, werden die Mißhandlung und Erschießung Peters beeiden können.

Vor neuen Entscheidungen?

Paris, 28. März.

Nach einer Havasmeldung wohnten der gestrigen Nachmittagssitzung Marschall Foch sowie die Generale Pershing und Robillant bei, deren Anwesenheit zeigt, daß sich die Diskussion über militärische Dinge erstreckte. Es ist klar, daß sie Maßnahmen betrafen, die infolge der Errichtung der Sowjetherrschaft in Budapest zu treffen sind.

In den Kreisen der Konferenz hofft man, gegen Ende der nächsten Woche hinsichtlich der Friedenspräliminarien mit Deutschland zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Außer den vier Präsidenten besprechen sich die Minister des Auswärtigen der Alliierten täglich über weniger dringliche Fragen, so gestern über die schleswig-holsteinische Frage. Heute wird die Frage der Aufhebung der Blockade gegen Ungarn geprüft.

Zeugenvernehmungen im Prozeß Villain.

Basel, 28. März. Havas meldet aus Paris: Am Dienstag wurden im Villain-Prozeß weitere Zeugen verhört. Goshin, Deputierter und Direktor der „Humanité", teilte mit, der König von Italien habe letztes Jahr dem Führer der französischen Militärmission gegenüber das von Jaures stammende Werk „L'armee nouvelle" als ein Buch von hohem Wert bezeichnet. General Renault betrachtet das Buch als den Ausdruck eines verständigen Patriotismus. Der ehemalige Ministerpräsident Ribot versichert seine Sympathie und Bewunderung für Jaures, an dessen wahrer Vaterlandsliebe er nie gezweifelt habe. Jaures sei für eine Annäherung an England gewesen und würde der Regierung für die Landesverteidigung großen Verdienst geleistet haben. Der Tod dieses Mannes sei ein Verlust nicht nur für seine Person, sondern für das ganze Land gewesen. Auch Denis Cochin ist von der patriotischen Gesinnung des Ermordeten überzeugt und glaubt, daß Jaures im gegenwärtigen Kriege dem Lande wertvolle Dienste hätte leisten können. Albert Thomas sagt aus, Jaures hätte die Autonomie Elsaß-Lothringens als provisorische Lösung vor der endgültigen Regelung bei Friedensschluß betrachtet. Er fügt hinzu, daß Jaures die kriegsfeindlichen Arbeiter von der Notwendigkeit der Verteidigung überzeugt habe und daß die entschlossene Stimmung beim Kriegsausbruch sein Verdienst war. In den Kommissionen habe sich Jaures in reger Weise für juristische Fragen interessiert und bemerkt, wir dürfen nie hinter Deutschland zurückstehen.

Streik des Zeitungspersonals in Magdeburg.

Magdeburg, 28. März.

Die Hilfsarbeiter der hiesigen Zeitungsdruckereien sind am Donnerstag infolge Lohnforderung in den Streik getreten. Heute schloß sich ihrem Vorgehen auch das übrige technische Personal an und legte ebenfalls die Arbeit nieder. Infolgedessen können sämtliche Zeitungen nicht erscheinen.

Die verhinderten Gemeindewahlen.

W. T. B. meldet: „Zeitungsnachrichten zufolge hat die Durchführung der Gemeindewahlen in einzelnen Kreisen Pommerns unerwünschte Verzögerung erlitten. Die örtlichen Stellen waren, wie sich herausgestellt hat, mehrfach über die Auslegung wesentlicher Bestimmungen der neuen Wahlordnung im Zweifel. Es ist jedoch bereits vor einiger Zeit von maßgebender Stelle Vorsorge getroffen worden, daß die Wahlen in Pommern, insbesondere im Regierungsbezirk Köslin, nunmehr in allernächster Zeit restlos durchgeführt werden, wie auch sämtliche anderen Regierungspräsidenten kurz vor Ablauf der Wahlfrist nochmals ausdrücklich angewiesen worden sind, für schleunigste Nachholung der etwa noch in der einen oder anderen Gemeinde ausstehenden Wahlen zu sorgen."

Es ist natürlich nicht wahr, daß die Verzögerung der Wahlen deshalb erfolgt ist, weil die örtlichen Stellen über die Auslegung der Wahlvorschriften im unklaren waren. Den konservativen Herren in Pommern lag es vielmehr daran, die Wahlen überhaupt zu verhindern, weil sie sich vor der Abrechnung fürchteten. Sie hofften auf die günstigeren Winde der Gegenrevolution und gedachten inzwischen in der alten Weise ihre Gewaltherrschaft fortzuführen.

Sozialisierung der optischen Industrie.

In dem Parteiorgan der Jenaer Rechtssozialisten fordert Dr. Eberhard Zschimmer, Mitglied der Geschäftsleitung des Glaswerkes von Schott u. Genossen die sofortige restlose Sozialisierung der optischen Industrie und Feinmechanik Deutschlands nach dem Vorbild der Carl Zeiß-Stiftung Ernst Abbes. Nach Dr. Zschimmer ist der Weg, der zu gehen ist, durch die Sozialisierung der Kohle vorgezeichnet. Die Initiative liegt bei den „Werkleuten" der optischen Industrie. Sie müssen sich sofort zusammenschließen zu einem Kongreß von sozialdemokratischen Betriebsräten, in denen die Ingenieure (Techniker), Wissenschaftler und Kaufleute keineswegs fehlen dürfen. Dieser „provisorische optische und feinmechanische Industrierat" solle eine Kundgebung an die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beschließen, worin die Fraktion ersucht wird, unverzüglich einen Initiativantrag einzubringen, daß die Regierung sobald als möglich den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes für die optische und feinmechanische Industrie zur Beschlußfassung vorlegt.

Preußische Landesversammlung.

13. Sitzung. Freitag, den 28. März 1919.

Eine förmliche Anfrage der Abgg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) und Genossen, betreffend die Auflösung der Provinziallandtage sowie eine weitere förmliche Anfrage der Abgg. Dr. Tewes und Genossen über die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels erklärt sich Finanzminister Dr. Südekum bereit, nach Vereinbarung mit dem Präsidenten zu beantworten.

Auf der Tagesordnung: die zweite Beratung des Etats.

Abg. Leid (U. S. P.):

Bei der Eile, mit der die Beratung durchgepeitscht wird, ist es ganz ausgeschlossen, gründliche Arbeit zu leisten. Wenn wir heute der Staffelung der Steuerzuschläge zustimmen, könnte dies als Zustimmung zu dem alten Tarif angesehen werden. Wir sind aber der Ansicht, daß das ganze Steuersystem einer gründlichen Reform unterzogen werden muß. Das bisher

steuerfreie Existenzminimum

hat sich als durchaus zu niedrig erwiesen. Finanzminister Südekum hat zwar den Grundsatz aufgestellt, es müßten alle Einkommen bis zu den kleinsten herunter Steuern zahlen. Dem können wir nicht beipflichten. Es muß unbedingt ein bestimmtes Existenzminimum freigelassen werden. Dabei ist die herrschende Entwertung des Geldes zu berücksichtigen. Besonders bedauert haben wir, daß die Kommission unserem Antrag nicht beigetreten ist, wonach zur Verbesserung der Gemeindefinanzen eine weitere progressive Staffelung ermöglicht werden soll. Unser dahingehender Antrag ist abgelehnt worden. Wir werden ihn zu gegebener Zeit wiederholen.

Es ist ferner viel in den Debatten der letzten Tage von dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gesprochen worden. Dazu könnte nach unserer Ansicht durch eine vernünftige Tarifpolitik bei den Eisenbahnen sehr viel beigetragen werden. (Unterbrechung durch den Vorsitzenden.) Ich bedaure, daß uns durch die Eile, mit der die Durchberatung betrieben wird, eine gewissenhafte Gestaltung des Etats zur Unmöglichkeit gemacht wird. Wir können deshalb bei der endgültigen Verabschiedung des Etats nicht mitwirken. (Bravo bei den Unabh.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.):

Ich habe namens meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die Preußische Republik ist nach wie vor ein Klassenstaat, beruhend auf der Klassenherrschaft, und mit der Tendenz, die bestehende Eigentumsordnung, die Ausbeutung der Arbeiterschaft aufrecht zu erhalten. (Lachen bei den Soz. — Sehr wahr! bei den U. Soz.) Trotz der in Aussicht gestellten Verstaatlichung, die mit Sozialismus nichts zu tun hat, ist die Struktur des Staates dieselbe geblieben. (Lachen bei den Soz.) Der Staat befindet sich trotz der sogenannten Demokratie noch in den Händen der besitzenden Klassen als Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksklassen. Einem solchen Staat bewilligt unsere Fraktion, deren Aufgabe die Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse ist, nicht einen Pfennig. (Bravo! bei den U. Soz.) Die Regierung, die auf einer Koalition angeblicher Sozialisten mit den Vertretern der Demokraten und des Zentrums beruht, kann dem ausgebeuteten Proletariat wohl notgedrungen kleine Konzessionen machen, aber niemals grundlegende soziale Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft vornehmen. Dieser Regierung, die mit dem Belagerungszustand und allen Gewaltmitteln des alten Regimes regiert, die jede politische und entscheidende wirtschaftliche Mitwirkung der Arbeiterräte ablehnt, sagen wir rücksichtslosen Kampf an; ihr können wir kein Vertrauen schenken, wir lehnen den Etat ab.“ (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Finanzminister Dr. Südekum: Es ist sehr schwer zu diskutieren mit Leuten, die im Besitz unantastbarer Wahrheiten letzter Instanz sind, und von diesem Standpunkt aus apodiktische Urteile über alles um sich herum fällen können. Der Vorredner sagte, die Preußische Republik sei ein Klassenstaat. Der Vorredner sagte, die Preußische Republik sei ein Klassenstaat usw. So viel Worte, so viel Unrichtigkeiten hat er ausgesprochen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Begreiflich werden seine Ausführungen nur, wenn man den Satz berücksichtigt, seine Freunde wünschten die Staatsgewalt ausschließlich in die Hände der Arbeiterklasse zu bringen. Dadurch unterscheiden wir uns allerdings. Was Sie wollen, ist Diktatur, was wir wollen, ist Demokratie. Wir wollen Zusammenarbeit aller Staatsbürger auf Grundlage des gleichen Rechtes, und müssen die Diktatur einer Minderheit ablehnen. (Zurufe bei den U. Soz.) Wenn Sie bestreiten, daß Sie eine Minderheit sind, so werden wir ja bald Neuwahlen haben, dann werden Sie so zu Ihrem Rechte kommen. Ihre jetzige Haltung ist nichts als ein Beweis von politischer Ueberheblichkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Preußische Republik ist kein Klassenstaat. Sie hat das freieste Wahlrecht von der Welt. Auch die Unabhängigen haben das Recht der freiesten Agitation für ihre Ziele. Ich bestreite nur, daß die, in deren Namen Sie jetzt zu sprechen sich anmaßen, dann zufrieden sein werden, was mit Ihrer Herrschaft herauskommt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.):

Der Finanzminister hat mir apodiktische Verurteilung des bisherigen Staates nachgesagt. Damals als er der Reichstagsfraktion angehörte, hat er genau dasselbe Urteil gefällt. Seine Haltung von heute zeigt nur, wie weit die Herren sich von dem sozialistischen Standpunkt entfernt haben. Darin unterscheidet er sich von uns. Wir wollen in der Tat die Herrschaft in die Hand der Arbeiterklasse legen. (Große Unruhe. Zuruf: Selbst Kapitalist.) Ihr Zwischenruf berührt mich nicht und auch die Arbeiterschaft nicht. Diese verlangt von ihren Vertretern, daß sie ohne persönliche Rücksichten den Standpunkt des Sozialismus vertreten. Sie vertreten allerdings nur Geldsackinteressen. (Erneute Unruhe.) Minister Südekum hat gesagt, wir seien nur eine kleine Minderheit. Zweifellos bei den früheren Wahlen waren wir es, aber ob das heute noch zutrifft, ist sehr die Frage. (Lachen b. d. Soz.) Hören Sie nur, was aus Ihren eigenen Reihen herausdröhnt. Wir wollen nicht für unsere Partei, sondern für das gesamte Proletariat die Herrschaft erobern. (Lebh. Zwischenrufe.) Das ist keine Minderheitsherrschaft. Herr Südekum hat uns Ueberheblichkeit vorgeworfen. Den Vorwurf müßte er den Junkern und der Bourgeoisie machen. Wenn Dr. Südekum uns freieste Agitation zusichert, so erwarte ich, daß er für die Diktatur was wir wollen, ist Demokratie. Wir wollen Zusammenarbeit aller Staatsbürger auf Grundlage des gleichen Rechtes, und müssen die Diktatur einer Minderheit ablehnen. (Zurufe bei den U. Soz.) Wenn Sie bestreiten, daß Sie eine Minderheit sind, so werden wir ja bald Neuwahlen haben, dann werden Sie so zu Ihrem Rechte kommen. Ihre jetzige Haltung ist nichts als ein Beweis von politischer Ueberheblichkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Preußische Republik ist kein Klassenstaat. Sie hat das freieste Wahlrecht von der Welt. Auch die Unabhängigen haben das Recht der freiesten Agitation für ihre Ziele. Ich bestreite nur, daß die, in deren Namen Sie jetzt zu sprechen sich anmaßen, dann zufrieden sein werden, was mit Ihrer Herrschaft herauskommt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Finanzminister hat mir apodiktische Verurteilung des bisherigen Staates nachgesagt. Damals als er der Reichstagsfraktion angehörte, hat er genau dasselbe Urteil gefällt. Seine Haltung von heute zeigt nur, wie weit die Herren sich von dem sozialistischen Standpunkt entfernt haben. Darin unterscheidet er sich von uns. Wir wollen in der Tat die Herrschaft in die Hand der Arbeiterklasse legen. (Große Unruhe. Zuruf: Selbst Kapitalist.) Ihr Zwischenruf berührt mich nicht und auch die Arbeiterschaft nicht. Diese verlangt von ihren Vertretern, daß sie ohne persönliche Rücksichten den Standpunkt des Sozialismus vertreten. Sie vertreten allerdings nur Geldsackinteressen. (Erneute Unruhe.) Minister Südekum hat gesagt, wir seien nur eine kleine Minderheit. Zweifellos bei den früheren Wahlen waren wir es, aber ob das heute noch zutrifft, ist sehr die Frage. (Lachen b. d. Soz.) Hören Sie nur, was aus Ihren eigenen Reihen herausdröhnt. Wir wollen nicht für unsere Partei, sondern für das gesamte Proletariat die Herrschaft erobern. (Lebh. Zwischenrufe.) Das ist keine Minderheitsherrschaft. Herr Südekum hat uns Ueberheblichkeit vorgeworfen. Den Vorwurf müßte er den Junkern und der Bourgeoisie machen. Wenn Dr. Südekum uns freieste Agitation zusichert, so erwarte ich, daß er für die Diktatur was wir wollen, ist Demokratie. Wir wollen Zusammenarbeit aller Staatsbürger auf Grundlage des gleichen Rechtes, und müssen die Diktatur einer Minderheit ablehnen. (Zurufe bei den U. Soz.) Wenn Sie bestreiten, daß Sie eine Minderheit sind, so werden wir ja bald Neuwahlen haben, dann werden Sie so zu Ihrem Rechte kommen. Ihre jetzige Haltung ist nichts als ein Beweis von politischer Ueberheblichkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Preußische Republik ist kein Klassenstaat. Sie hat das freieste Wahlrecht von der Welt. Auch die Unabhängigen haben das Recht der freiesten Agitation für ihre Ziele. Ich bestreite nur, daß die, in deren Namen Sie jetzt zu sprechen sich anmaßen, dann zufrieden sein werden, was mit Ihrer Herrschaft herauskommt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.):

Der Finanzminister sagt, ich hätte übersehen, daß wir eine Revolution gehabt hätten. Die Erfolge der Revolution sind fortgesetzt abgebaut, die Arbeiterschaft ist verraten worden. Wir können nicht sagen, daß andere Zustände eingetreten sind, wenn heute noch mit den Mitteln des alten Regimes, mit Handgranaten und Belagerungszustand regiert wird. Ich will auf Heines Ausführungen von neulich nicht eingehen. Aber er hat der Arbeiterschaft ein Licht aufgesteckt, was von der heutigen Regierung zu erwarten ist. Nicht den bescheidensten Anfang einer Sozialisierung haben wir gesehen. Nur auf Plakaten war zu lesen „Die Sozialisierung marschiert — sie ist da.“ Uns wird nachgesagt, aus Konkurrenzrücksichten gegen Spartakisten die Diktatur des Proletariats fordern. Der Vorwurf ist uns gemacht worden, als ich die Einziehung der Familiengüter des Hauses Hohenzollern forderte. Heute schreibt der „Vorwärts“ zu einer ähnlichen Maßnahme in Oesterreich: „Es ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung das von Oesterreich gegebene Beispiel nachahmt. Schließlich sind die riesenhaften Hausvermögen nichts als zusammengescharrtes Volksvermögen.“ Sie sehen, was von dem Vorwurf zu halten ist. Wir lassen uns nicht irre machen, sondern vertreten rücksichtslos die Interessen des klassenbewußten Proletariats. (Stürmische Unruhe. Starker Beifall b. d. Unabh.)

Finanzminister Dr. Südekum: Die Arbeiten zur Feststellung des Vermögens des früheren Königs von Preußen und seiner Familie und die Abtrennung von dem Vermögen, das dem Staate gehört, sind so schwierig, daß ein Abschluß noch nicht erfolgt ist. Die Landesversammlung wird sich damit zu beschäftigen haben.

Abg. Heilmann (Soz.): Unsere Stellung in dieser Frage ist so klar, daß sie auch durch die Verdrehungskünste des Dr. Rosenfeld nicht verwischt werden kann. (Zurufe der U. Soz.: Wie in der Rätefrage? — Heilmann und Heller!) Zwischen meiner Rede und der Hellers hat sich keine Fraktionssitzung mit der Rätefrage beschäftigt. Unsere beiden Erklärungen beruhen auf demselben übereinstimmenden Fraktionsbeschluß.

Die Unabhängigen behaupten nun, daß die Errungenschaften der Revolution gefährdet seien, daß der Militarismus wieder sein Haupt erhebt. Ich will nur das eine feststellen, daß bereits am 13. Januar Karl Kautsky in der „Freiheit“ festgestellt hat, daß, wenn der Militarismus wieder sein Haupt erhebt, das einzig und allein die Schuld der Gewaltpolitik und der Gewalttätigkeit des Spartakusbundes und derjenigen, die ihn dulden und unterstützen, ist. (Den Schlußsatz, der sich gegen die Politik der Unabhängigen richten soll, hat Herr Heilmann dazu erfunden. Kautsky hat ihn nie geschrieben. Wohl aber hat er schon am 13. Januar geschrieben, daß die „sozialistische“ Regierung durch ihre eigene Taktik immer mehr nach rechts gedrängt werden würde. Das ist inzwischen eingetroffen. Aber das verschweigt Herr Heilmann. Die Red.)

Die Vorlage wird darauf in dritter Lesung gegen die Unabhängigen und einige Mitglieder der Rechten angenommen.

Berichtigung: Auf Seite 4 muß vor der Rede des Abg. Kleinspehn eingefügt werden:

Es folgte die Fortsetzung der allgemeinen Besprechung der Erklärungen des Staatsministeriums.

Abg. Kleinspehn (U. S. P.):

Die programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten Hirsch, wie auch die übrigen, in den letzten Tagen hier gehaltenen Ministerreden haben erneut gezeigt, daß ihnen das Bewußtsein, in einer Zeit der Revolution zu leben, abgeht. Diese Reden, wie die, im sozialistischen Sinne wenig tatkräftige Politik im allgemeinen, sowohl im Reiche wie in Preußen, haben wohl den letzten Anstoß zu der die sozialistische Arbeiterschaft provozierenden, gegenrevolutionären Reden gegeben.

Daß die Deutschnationalen, wie alle bürgerlichen Parteien, kein revolutionäres Bewußtsein in unserem Sinne haben, ist ja natürlich, daß aber der Herr von Kardorff von der Revolution als von einem Verbrechen sprach und da bei den Rechtssozialisten ein Entrüstungssturm losbrach, konnte ich das nicht recht begreifen. Wenn die Abmachungen zwischen dem früheren Reichskanzler und den Rechtssozialisten Tatsache sind, dann ist doch die Frage berechtigt, wozu die ganze Revolution nötig gewesen sei? Denn was die Rechtssozialisten heute durch ihre Tat verwirklichen, ist in der Tat nichts anderes, als was damals zugestanden worden war. Was bisher von der Regierung getan worden ist, hat mit Sozialismus nicht das geringste zu tun. Kennzeichnend für den Sozialismus ist vor allen Dingen der Wille, die Lohnsklaverei, die arbeitslosen Einkommen zu beseitigen. Schon der Umstand, daß die Bourgeoisie bereit ist, für das Sozialisierungsprogramm der Regierung einzutreten, ist Beweis genug, daß es dem Kapitalismus nicht wehe tut.

Jeder Sozialist muß zugeben, daß die Werktätigen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen und wenn wir, diese Mehrheit, die Herrschaft erkämpfen wollen, so ist das keine Diktatur einer Minderheit.

Ein Wort zu den Kriegsarbeiten. Wenn man die kapitalistische Wirtschaft weiterführen will, dann allerdings ist die

Annullierung der Kriegsanleihen

eine Unmöglichkeit. Aber das wollen wir gerade nicht. Wie denkt man sich die Aufbringung der ungeheuren Zinsenlast, abgesehen von den sonstigen riesenhaften Aufgaben, die unser harren.

Die Rechtssozialisten tun alles, um die Revolution auf dem Stande vom 9. November zu erhalten. Also nichts von Weiterentwicklung. Als Herr Heine neulich von uns als von Zuhältern sprach, war ich geneigt, ihm Erregung zugute zu halten. Am Mittwoch aber hat er gezeigt, daß es ihm ein Bedürfnis ist, unter allen Umständen mit allen Mitteln meine Partei herabzusetzen.

Aber als Sozialist kennt er doch die Partei der Niedergeritteten und er wird vielleicht noch einmal daran denken müssen. Wir treten für eine

Politik der Gewaltlosigkeit

ein. Aber die Regierung und alle anderen Parteien haben nichts aus dem Niederbruch der alten Gewaltpolitik gelernt. Wie nach außen, erzeugt die Gewalt auch im Innern maßlosen Haß und Erbitterung. Es ist leicht, den Spartakisten alle Schuld zuzuschieben, wenn man, umgeben von allen Bequemlichkeiten, ruhig abwarten kann ob bessere Zeiten kommen wollen. Mehr Verständnis für den Kampf der revolutionären Arbeiterschaft dürfte man schon bei Herrn Heine erwarten. Nach den Aussagen des Generals Maerker bestehen die Regierungstruppen aus einem großen Prozentsatz von äußerst zweifelhaften Elementen. An diese Stelle hätte Herr Heine seine Worte von Räubern und Verbrechern richten sollen.

Die ganze Art und Weise des Kampfes des Herrn Heine gegen meine Partei ist nur von der Angst vor dem Geist erzeugt, die sich in der Arbeiterschaft regt. Wir werden gegebenenfalls zum Mittel des Streiks greifen, lehnen aber die Mittel der Gewalt, wie Handgranaten und Maschinengewehre im revolutionären Kampfe ab.

Die Politik der Rechtssozialisten ist nichts als eine vollständige Abwanderung ins bürgerliche Lager. Es scheint als ob es immer wieder zu neuen Bürgerkämpfen kommen sollte. Die Einfühlung in die Gedankenwelt der Masse ist es, was wir brauchen.

Schwere wirtschaftliche Kämpfe stehen uns noch bevor. Was ein alldeutsches Blatt über die Unmöglichkeit einer durchgreifenden Sozialisierung geschrieben hat, hat viele Aehnlichkeit mit der Ausführung, die wir von der Regierung gehört haben. Aber damit ist das Volk nicht einverstanden. Wenn der Ministerpräsident wirklich sozialisieren will, darf er sich dazu nicht der Mittel bürgerlicher Reformbestrebungen bedienen. Auf diese Weise werden die Kapitalisten nicht gehindert werden, sich weiter auf Kosten der arbeitenden Schichten zu bereichern.

Wir unterschätzen die Bedeutung der Demokratie nicht, nur sind wir der Ansicht, daß sie im Laufe der Entwicklung einen anderen Inhalt bekommen muß. Und wir lassen uns von burgfriedlichen Anwandlungen von heute ebensowenig einlullen, wie früher. Innerhalb der Rechtssozialisten ist deutlich erkenntlich wie groß die Opposition gegen die Tatenlosigkeit der jetzigen ist.

Das alte System herrscht noch

und mit den alten Mitteln soll die Klassenherrschaft aufrecht erhalten werden. Die Presse wird noch immer mit Lügen gespeist. Die Unruhe, die fortgesetzt und immer aufs neue in die Arbeiterschaft getragen wird, ist vor allem auf die Untätigkeit, ja Unfähigkeit der Regierung zurückzuführen. Die Rechtssozialisten haben hier wie in Weimar nicht den Mut, sich zu ihren sozialen und politischen Forderungen zu bekennen, sie sind zu feige dazu. (Lauter Widerspruch bei den Soz.) In dem Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertreten wir, vertritt meine Partei, den revolutionären Teil. Die Befreiung der Arbeiter aus kapitalistischen Fesseln kann kein Problem bürgerlicher Demokraten sein. Deshalb verlangen wir eine entscheidende Mitwirkung der Arbeiterräte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete.

Die große Schuld, die Deutschland und Preußen am Ausbruch des Krieges hatten, hätte der Ministerpräsident eingestehen müssen. Dadurch wäre vieles Mißtrauen beseitigt worden. Wer so spricht, wie Herr Kardorff, kann nicht erwarten, daß die Entente Rücksicht walten läßt. Er ist nicht befugt, von Recht zu reden, wo er mit seinen Freunden den Grundsatz „Not kennt kein Gebot“ widerspruchslos hat gelten lassen.

Nach dem Ueberfall auf Belgien, nach den Verwüstungen in Nordfrankreich, nach dem schändlichen U-Bootkrieg, nach dem Wüten in Finnland haben wir alle Ursache zu einem unumwundenen

Schuldbekenntnis.

Das ist der einzige Weg, die politische Lage zu bessern, und das wäre Pflicht des Ministerpräsidenten gewesen. Doch das ist von der jetzigen Regierung nicht zu erwarten.

Wir möchten an die Regierung die Frage richten, was geschieht bis zur Errichtung des Staatsgerichtshofes mit Ludendorff und mit den anderen Schuldigen? Sollen sie noch so lange in ihrem konterrevolutionären Treiben ungestört bleiben? Tausende von unschuldigen Arbeitern schmachten noch in den Gefängnissen und Herr Heine duldet die unerhörtesten Mißhandlungen der Gefangenen, während Ludendorff und Tirpitz es sich in feinsten Hotels wohl sein lassen. Das Volk verlangt die Unschädlichmachung aller Schuldigen. Man soll da nicht vor Wilhelm, Ludendorff usw. halt machen, sondern auch in die Kreise der Junker eingreifen. Natürlich kennen wir die Schuld der andern Länder ganz genau, doch vorläufig haben wir mit uns genug zu tun. Es ist immer der Fehler des deutschen Volkes, sich demokratische Einrichtungen zu schaffen, sie aber nicht mit demokratischem Geist zu erfüllen. Wir haben wohl eine Republik ohne Republikaner. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wird daran scheitern, weil es tatsächlich das alte geblieben ist. Sie hindern immer und immer wieder das Zustandekommen des Friedens.

Unsere Politik wird geleitet sein von den Notwendigkeiten der sozialen Revolutionen.

Minister des Innern Heine: Der Vorredner meinte, unseren Freunden wäre das Organ für die Notwendigkeit, den Sozialismus durchzuführen, verloren gegangen. Wir waren nie der Ansicht, daß der Sozialismus in großen, langweilig ausgesponnenen Worten bestände, sondern wir wollen etwas tun. Was haben denn Sie seit der Revolution anderes getan, als jede Arbeit zu verhindern? (Stürmischer Widerspruch bei den U. Soz.) Damit bin ich mit Ihnen fertig. (Erneuter lärmender Widerspruch und Gelächter bei den U. Soz.) Ich darf meine verehrten Freunde aus meiner Fraktion bitten, auch ihrerseits auf die Angriffe und Zwischenrufe von dieser Seite mit keinem Worte mehr zu reagieren, ich erbitte mir das von meinen Parteigenossen als eine Freundlichkeit gegen mich.

Ich würde überhaupt nicht das Wort genommen haben, wenn nicht der Vorredner wiederum ein Lied gesungen hätte, dem ich als Deutscher nicht ohne Widerwillen zuhören kann, er hat verlangt, wir Deutsche sollen uns vor alle Welt hinstellen und uns reumütig als die allein Schuldigen bekennen, Buße tun und die Strafe auf uns nehmen. Ich weiß nur zu gut, wie viel Schuld an dem Entstehen dieses entsetzlichen Krieges, auch in der deutschen Politik der Zeit vorher gelegen hat. Aber wenn auch die ganze Schuld allein auf Deutschland gelegen hätte, wäre es doch die Pflicht eines Deutschen gegenüber seinem Volke gewesen, sich bis zum letzten Blutstropfen zur Wehr zu setzen. Das nennen diese Herren Gewaltpolitik. Zu diesem Anerkenntnis der Gewalt bekenne ich mich allerdings.

Wir wissen, daß Kriegstreiberei und Kriegshetze auch bei den anderen, daß die Politik der geheimen Koalitionen von den andern viel stärker als von uns betrieben worden ist. Wozu aber überhaupt immer wieder diese Erörterungen? Vor uns liegt eine Zukunft, unsagbar schwer, so daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um durchzukommen. Diejenigen, die, statt das Volk zur Arbeit aufzurufen, immer wieder neue Störungen in das Volk hineinwerfen, die ihm, während der Feind Unerhörtes fordert, sagen, die Deutschen haben sich noch lange nicht genug schuldig bekannt, also fordert noch viel mehr, die sind Verräter am Vaterlande! (Stürmischer Beifall b. d. großen Mehrheit, immer wieder sich wiederholende Ausbrüche der Entrüstung bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.): Als wirtschaftliche Institutionen können die Arbeiterräte wohl etwas leisten. Auf politischem Gebiete würden sie den Untergang bedeuten. Der kleinste Schritt vom Wege ab kann uns ja ins Verderben führen.

Ministerpräsident Hirsch: Der Abg. Moldenhauer hat die Regierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß auch das Saargebiet nicht den Annektionsgelüsten unserer Feinde zum Opfer falle. Ich komme dieser Aufforderung gern nach. In dem Programm der Regierung heißt es bereits, daß der Wiederaufbau unserer Industrie nicht denkbar ist, ohne das Verbleiben der Kohlenschätze Oberschlesiens und des Saargebiets bei Preußen. Dadurch ist die Stellungnahme der Regierung gegeben. Die Bevölkerung weiß, was sie an Preußen hatte und was sie an Frankreich haben würde. Alle Versuche einer industriellen Verbrüderung seitens der Franzosen sind vergeblich gewesen. Niemals zeigte sich das Nationalgefühl dort stärker als jetzt, und um so mehr wächst es, je stärker die

Unterdrückung wird. Die Saar und ihre Bevölkerung gehört uns. Sollte man es versuchen, sie zu Muß-Franzosen zu machen, so würde das, was man das Unrecht von 1871 genannt hat, ein Nichts sein gegen das Unrecht von 1919. Und das, was jetzt die Welt aufwühlt, würde ein Nichts sein gegen das, was kommen wird. (Lebh. Zustimmung.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Adolf Hoffmann U. S. P.

Herr Minister Heine hat vorhin mit Bezug auf mich die Worte ausgesprochen: ich habe Sie schon gekannt, als Sie noch mit den „Zehn Geboten" hausieren gegangen sind. Die Worte sind unwahr. Ich bin nie mit den „Zehn Geboten" hausieren gegangen. Während des Sozialistengesetzes dagegen habe ich mit diesem Thema Hunderte von Versammlungen abgehalten, die zu verbieten die Polizei nicht wagte. Dutzende von Telegrammen und Briefen von Vertrauensleuten der Partei, von denen mancher heute auf Ihrer Seite hier im Hause sitzt, haben mich immer aufs neue aufgefordert dazu. Von 1884 bis 1890 habe ich mehr als achthundert Versammlungen dieser Art abgehalten. Erst als es mir ganz unmöglich wurde, allen diesen Aufforderungen gerecht zu werden, habe ich die Broschüre herausgegeben. Ich kann Herrn Heine nicht vorwerfen, daß er ein anderer geworden ist. Er ist derselbe geblieben, der alte schnoddrige Antisemit.

Präsident Leinert: Wenn ich recht verstanden habe, haben Sie den Minister Heine als schnoddrigen Antisemit bezeichnet.

Abg. Hoffmann: Jawohl, das habe ich.

Präsident Leinert: Ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung des Ministers zur Ordnung.

Damit ist die Aussprache über die Erklärung der Regierung erledigt.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag des Abg. Dr. Friedberg (Dem.) auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung. Mit diesem Antrag sind acht weitere Anträge verbunden. Ein Antrag v. Kessel (Dtsch. Natl.) fordert Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft. Anträge Hagald (Z.) und Held (Dt. Vp.) verlangen die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Ein Antrag Dr. Abderhalden (Dem.) will die Zwangsbewirtschaftung leichtverderblicher Nahrungsmittel und der Kartoffeln aufheben. Ein sozialdemokratischer Antrag beantragt Neuregelung der Verhältnisse der Landarbeiter. Ein Antrag Graf von Kanitz (D. Nat.) empfiehlt die Einleitung einer großzügigen inneren Ansiedlung. Auch die Denkschrift über die Besiedlung und Oedlandskultur in Preußen steht mit zur Verhandlung. Schließlich empfiehlt ein Antrag Dr. Friedberg die Einsetzung eines Ausschusses von 21 Mitgliedern zur Prüfung der Ernährungsfrage.

Abg. Busch (Z.) warnt vor uferlosen Debatten. Am richtigsten wäre es, alle Anträge ohne Aussprache an den Ausschuß zu verweisen.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) widerspricht. Das sei ein bethlehemitischer Kindermord. Es liegt gar kein Grund vor, morgen schon in die Ferien zu gehen.

Präs. Leinert: Jeder Redner muß das Recht haben, seinen Antrag begründen zu können. Ich bitte die Mitglieder aber dringend, sich möglichst kurz zu fassen.

Darauf erhält der erste der neun Antragsteller das Wort.

Abg. Abderhalden (Dem.) begründet die demokratischen Anträge. Ungefähr 800 000 Menschen sind infolge der schlechten Ernährung in den letzten Jahren in Deutschland gestorben. Im letzten halben Jahre hat eine kolossale Kindersterblichkeit eingesetzt. Die Entente ist seit November durch das Rote Kreuz genau über unsere Ernährungslage unterrichtet. Man sollte den Arbeitern jetzt nicht immer Arbeitsunlust vorwerfen.

Abg. Kessel (Dnat.): Die Zwangswirtschaft muß so schnell als möglich abgebaut werden. Uns liegt nicht daran, die Preise zu erhöhen, sondern die Rationen zu erhöhen, die Produktion zu steigern. Auch die Kartoffeln sollten aus der Zwangswirtschaft entlassen werden. Die Hauptsache ist die allerschleunigste Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln.

Abg. Busch (Z.): Leider macht sich auch im Verkehr mit Düngemitteln der Schleichhandel bemerkbar; hier muß die Regierung schärfer zugreifen. Der Kartoffelanbau muß mit aller Kraft gefördert werden. Kartoffeln sind außerordentlich rar und die Befürchtung, daß auf das Saatgut zurückgegriffen werden könnte, besteht. Man soll mehr praktische Landwirte zu Rate ziehen. Wir hoffen, daß trotz der Neugestaltung das schöne patriarchalische Verhältnis auf dem Lande im Interesse beider Teile erhalten bleibt. Gegen den von den Unabhängigen beantragten Zwangsanbau von Getreide und Kartoffeln sind wir unbedingt, solche Fesseln können wir der Landwirtschaft nicht anlegen, sie würde dadurch erdrosselt. Die Zwangswirtschaft sollte, wie bei den Eiern, so auch bei Gemüse und Obst alsbald beseitigt werden, sie ist vielleicht auch für Heu und Stroh nicht mehr nötig.

Abg. Held (D. Vp.): Die Regierung sollte besonderen Wert auf die Besserung der Arbeiterverhältnisse legen. Wenn alle Jungen auf dem Lande in die landwirtschaftlichen Winterschulen geschickt würden, dann würde es bald überhaupt keine Arbeiter mehr auf dem Lande geben, sondern lauter Inspektoren und Verwalter. (Widerspruch links.)

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, die Verwaltungsbehörden anzuweisen, bei der neuzeitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und Arbeiterinnen mitzuwirken, den Abschluß von Tarifverträgen zu fördern, auf angemessene Erhöhung der Löhne hinzuwirken. Die Verbesserung der Landarbeiterwohnungsverhältnisse zu betreiben, die Durchführung der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 zu fördern, auch die Domänenpächter auf die Tarifverträge zu verpflichten und bei Landverpachtungen im Bereiche der Forstverwaltung dieses Land möglichst den ständigen Forstarbeitern als Pachtland zur Eigenbewirtschaftung anzubieten.

Abg. Graf von Kanitz: Unser Antrag beweist, daß wir mit einer großzügigen Siedlungspolitik einverstanden sind. Landarbeiter werden wir zweifellos in Deutschland genug haben. In der Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft ist die Sozialdemokratie in einer peinlichen Lage. Sie darf es natürlich den Bauern nicht sagen, daß sie daran denkt, allen Grund und Boden zu vergesellschaften.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Deutsche Nationalversammlung.

31. Sitzung, Freitag, den 28. März 1919.

Als Mitglied der Reichsschuldenkommission werden gewählt die Abg. Heimann (Soz.), Krüger-Potsdam (Soz.), Schumann Soz.), Dr. Pfeiffer (Z.), Dr. Dernburg (Dem.) und Laverrenz (Dnat.).

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes auf Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine.

Reichswehrminister Noske bringt die Vorlage ein. Der Entwurf lehnt sich eng an an das Gesetz über die vorläufige Reichswehr. Die Arbeiten für die Schaffung einer Reichswehr sind übrigens weit vorgeschritten, so daß die unerfreulichen Begleiterscheinungen der Werbung aufhören werden. Ganz werden wir aber auf die Werbung von Freiwilligen nicht verzichten können. Aber daß die Verbände einander regelrecht Konkurrenz machen, wird aufhören. Mit der Aufstellung einer neuen Marine ist der Anfang bereits gemacht. Wir brauchen Schiffe zur Sicherung der Lebensmitteltransporte, zur Räumung des Meeres von Minen und zum Schutze der Fischerei.

Abg. Oberfohren (Dnat.): Wir begrüßen die Vorlage, legen aber Wert auf möglichst scharfe Betonung ihres vorläufigen Charakters. Wir werden unter keinen Umständen zulassen, daß die deutsche Flagge vom Weltmeer verschwindet. Wir brauchen auch weiterhin eine Flotte. Die Demoralisierung in der Marine ist geradezu furchtbar. Zum Wiederaufbau sind gerade die tüchtigsten Kräfte aus dem Offizierkorps und aus dem technischen Personal notwendig. In den Marinewerften sind Hunderte von Millionen investiert, die man zinstragend anlegen sollte. Man sollte die Werften auf Friedensarbeit umstellen. Statt dessen schränkt man ihren Umfang dauernd ein, entläßt Tausende von Arbeitern und gefährdet damit das Schicksal der Marinestädte.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vp.): Die Vorlage ist ein Abklatsch des Reichswehrgesetzes. Sie trägt wie dieses sehr stark den Charakter des Unfertigen und des Provisorischen, aber gerade das ermöglicht es uns allein, unter Rückstellung aller Bedenken ihr zuzustimmen.

Abg. Bruehl (U. S. P.):

Nach § 2 soll die durch dies Gesetz zu schaffende Marine u. a. durch sonstige Unterstützung der Handelsschiffahrt den sicheren Seeverkehr ermöglichen." Was soll das heißen? Denkt man dabei etwa wieder an die gepanzerte Faust? Weiter soll die Marine „Im Verein mit der Reichswehr den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschaffen und Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten". Soll das die Ruhe und Ordnung sein, die der Herr Reichswehrminister in Halle, in Berlin und den anderen Orten geschaffen hat, und plant man etwa, die Reichsmarine zu Verstößen gegen die Bureaus der Unabhängigen Sozialdemokratie in den Hafenstädten zu benutzen?

Daß die vorläufige Reichsmarine wirklich „auf demokratischer Grundlage" gebildet werden wird, können wir nicht glauben, nachdem Herr Noske systematisch und erfolgreich bemüht gewesen ist, die Soldatenräte wieder zu beseitigen. Die Art der Anwerbung, wie sie jetzt schon in der vorläufigen Reichswehr üblich ist, erinnert tatsächlich an die Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Man sucht heute Freiwillige anzulocken nicht nur durch Zahlung hoher Löhne, sondern auch durch recht auffallende Abzeichen. Man sieht daran, wie auch an der Frage der Offizierachselstücke, wie gründlich die Mehrheitssozialdemokratie umgelernt hat. Dieselben Leute, die bei der Revolution mit möglichst großen roten Binden herumliefen und den Soldatenräten alles mögliche versprachen, unterbreiten uns heute einen solchen Gesetzentwurf, in dem von Soldatenräten auch nicht die Spur mehr zu finden ist.

Im Gegensatz zum Grafen Dohna sprechen wir den Marinern, die als Revolutionskämpfer zuerst aufgetreten sind, von dieser Stelle unseren heißen Dank aus.

Als Redner nochmals auf die Berliner Ereignisse zu sprechen kommt, wird er vom Präsidenten zum zweitenmal zur Sache gerufen. Er schließt mit der Erklärung, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne, schon deshalb, weil die Reichsmarine dem Reichswehrminister unterstellt werden solle. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Giebel (Soz): Eine gut organisierte Reichsmarine ist notwendig, um dem deutschen Seehandel wieder eine Betätigungsmöglichkeit zu geben. Die Aufhebung oder erhebliche Einschränkung der großen Reichswerften würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter und Angestellten, ja, der ganzen Bevölkerung der Hafenstädte bedeuten. Ist der Reichswehrminister nicht gewillt, diese Werften zu Produktionsstätten für den Friedensbedarf umzuwandeln?

Reichswehrminister Noske: Unter „Sonstige Unterstützungen der Handelsschiffahrt" verstehen wir Seevermessung, Seekartenherausgabe, Herstellung von Seehandbüchern usw. Die in Dienst gestellten Schiffe sollen und können nicht irgendwo und gegen irgendwen als eine Drohung wirken. Auf allen Meeren werden jetzt lediglich England und Amerika die „gepanzerte Faust" zeigen können.

Es ist selbstverständlich, daß ein gewisser Abbau der Heeresbetriebe eintreten muß. Soweit Arbeitsgelegenheit herangezogen werden kann, werden wir damit auch die reichseigenen Betriebe versehen.

Damit schließt die Besprechung.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung im wesentlichen unverändert gegen die Stimmen der U. Soz. angenommen.

Abg. Schmidthals (Dem.) erstattet hierauf den mündlichen Bericht des Reichshaushaltsausschusses über die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung vom 4. Februar 1919: Die Verordnung räumt dem Reich ein Aufsichtsrecht darüber ein, ob die vorhandenen Aecker auch zur landwirtschaftlichen Bestellung ausgenutzt werden. Der Ausschuß will das Aufsichtsrecht auch darauf erstrecken, mit welchen Früchten der Acker bestellt wird. Wenn die Bestellung nicht ordnungsmäßig erfolgt, ist nach der Verordnung die Gemeindebehörde befugt, nach Anhörung des Bauern- und Landarbeiterrats dem Besitzer die Nutzungsberechtigung zu entziehen und selbst zu übernehmen.

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Ostmark beantragt der Ausschuß, der Verordnung folgende Bestimmung zuzufügen: „Sind landwirtschaftliche Betriebe infolge aufrührerischer oder feindlicher Handlungen verwaist, so hat die untere Verwaltungsbehörde für die Bewirtschaftung der Betriebe im Interesse der abwesenden und verhinderten Nutzungsberechtigten Sorge zu tragen.

Abg. Blum (Z.): Die Verordnung ist angesichts der kritischen Ernährungslage von hoher Bedeutung. Sie sollte aber kürzer gefaßt werden. Den unteren Verwaltungsbehörden sind durch die Verordnung so weitgehende Rechte eingeräumt worden, daß ihnen der Rat von Sachverständigen bei ihren Entscheidungen zur Seite stehen muß. Wir beabsichtigen deshalb, daß dort, wo kein Bauern- und Landarbeiterrat besteht, zwei Sachverständige der Landwirtschaftskammer gehört werden müssen. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Feldmann (Soz.): Die Verordnung ist notwendig, denn jetzt muß jedes Fleckchen Erde der Ackerbaubestellung zugeführt werden. Ackerboden darf jetzt nicht zur Aufforstung benutzt werden. (Sehr richtig!) Durch die Verordnung muß erreicht werden, daß die Großgrundbesitzer wieder mehr Kartoffeln anbauen.

Wir werden die Verordnung in der Kommissionsfassung annehmen und den Antrag Blum und Gen. ablehnen.

Präsident Fehrenbach bittet die Redner, sich möglichst kurz zu fassen damit die Geschäfte des Hauses morgen abgeschlossen werden können.

Ein Antrag Arnstadt u. Gen. (D. Nat.) verlangt im § 3 die Streichung der Bestimmung, daß dem Landwirt das Nutzungsrecht auch dann entzogen werden soll, wenn er im letzten Wirtschaftsjahre die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat und zu erwarten ist, daß die neue Bestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird.

Abg. Kraft (D. Nat.) begründet den Antrag und behauptet, er sei im Interesse der kleinen Landwirte gestellt.

Abg. Dusche (D. Vp.): Wir werden dem Antrag Arnstadt zustimmen.

Abg. Wurm (U. S.):

Wir lehnen den Antrag Arnstadt ab, weil er die neue Verordnung, die zum Wohl der Gesamtheit erlassen ist, abschwächt. Die frühere Verordnung hat eben nicht genügt. Gegen die Anordnung der unteren Verwaltungsbehörden kann Einspruch bei den oberen Behörden eingelegt werden. Seit wann haben denn die Landwirte so wenig Vertrauen zu den oberen Behörden? Gegen den Antrag Arnstadt ist zu bedenken, daß die Allgemeinheit muß kontrollieren können, in welcher Weise das Land bestellt wird. Zu einer Agrardebatte, zu der uns der Abg. Kraft veranlassen könnte, ist jetzt keine Zeit, zumal wir uns nach Ostern ausführlich über die landwirtschaftlichen Verhältnisse unterhalten werden. Durch die Revolution ist allerdings die Lage der Landarbeiter verbessert worden. Aber noch immer nicht genügend. Der Achtstundentag ist keineswegs unbedingt für die Landarbeit vorgeschrieben, sondern während der Erntezeit sogar elf Stunden zugelassen, wofür aber im Winter die Arbeitszeit unter acht Stunden bleiben muß.

Wenn Herr Kraft von einer Verhetzung der Landarbeiter durch uns sprechen will, so soll er sich die Dinge erst genau ansehen, dann fällt dieser Vorwurf vielleicht auf ihn zurück. Um die Arbeitsfreudigkeit auf dem Lande zu erhalten, muß ein Gewinn bleiben, aber deshalb muß endlich der Staat oder das Reich die Landwirtschaft unterstützen, damit ihre Arbeit der Allgemeinheit zum Nutzen dienen kann. Diese Verordnung richtet sich nur gegen die Böswilligen.

Nachdem der Antrag Arnstadt angenommen worden ist, wird der Ausschußantrag mit dieser Aenderung mit 151 gegen 115 Stimmen angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Kleine Anzeigen

Platina Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Silberabfälle kauft Frau ...ke, Blücherstraße 40.

...leitungen, Kabel, Litzen ... zu höchsten Tagespreisen ...-Büro, Langestraße 27 I ...Andreasstraße. Alex. 3939.

Elektrische Leitungsdrähte, ...-Kabel kauft Schumann, ...straße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Sektkorke gebraucht, Stück 20 Pfg. **Weinkorke** lange, Stück 4 Pfg., kauft Spader, Liebenwalder Strasse 8 (am Rosenthaler Tor). Norden 4908.

Platina Gramm 10 M., Gebisse, Gold, Silbergegenstände kauft Frau Knuth, Mauerstraße 34 v. II.

Spiralbohrer Metalle kauft Posnanski, Neue Königstr. ..., ... am Alexanderpl.

Alt-Messing u. Kupfer kauft Eurotafabrik, Hagelberger Straße 52. Tel. Lützow 9674.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert R. Schumann, Große Frankfurter Straße 31 II.

Teppich, Läufer, Matte kauft Klingberg, Marburger Straße 8. Steinpl 465.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Werkzeuge kauft Weinreich, Frankfurter Straße 71.

Kupferleitungen und sonstiges Installationsmaterial kauft Heigeler, Genter Str. 6 II. Nachmittags 5½—7.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Riedledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz. Umbauten, Chaiselongues, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Umzugshalber zu verkaufen Stuben- und Kücheneinrichtung, Bilder, Uhr usw. Hansen, Naunynstr. 18, Stf. I.

Odeon Musik-Apparate. Schrankform, trichterlos, alle Modelle. Odeon Musikplatten, alle Neuheiten. Odeon Künstlerplatten von Judlowker, Slezak, Piccaver, Naval, Erb, Vogelstrom, Schrader, Hempel, Destinn, Ivogün, Denera, Culp, Dux. Untersetzschränke für Trichterlose- u. Trichterapparate. Plattenalbums. Große Ausstellung in Lauten, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Konzertzithern, Menzenhauer Zithern (2 Jahre Garantie), Menzenhauer Accord-Harmoniums. 30 hochaparte Konzert- u. Salon-Harmoniums, bis 19 Register, in Eiche u. Nußbaum, Accordeons ein-, zwei- u. dreireihig mit Stahlstimmen, Lederbalg und Schutzecken. Bandonions. Feinste Konzert-Koch-Mundharmonikas. (Gamsbeckmarke.) Cellos u. alle einschlägigen Instrumente u. dazu gehörigen Bestandteile. Eigene Reparaturen für Mechanische und Saiten-Instrumente. Alles größtenteils Friedensware und noch billig. Schweizer Musikhaus, Schönhauser Allee 128. Filialen: Schönhauser Allee 130. Badstraße 57. Weißensee, Antonplatz. Reinickendorfer Str. 117.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequeme Abzahlung, größte Auswahl. [illegible]

Harmonium und elektrischen Kocher billig zu verkaufen. Wittenau, Triftstr. 74. Voß.

Gebrauchte Küche und Verschiedenes verkauft Sonnabend. Schröder, Genter Str. 34.

Schneidereinrichtung, 2 Tische, allen Zubehör u. Nähmaschine verkauft Abel, Choriner Str. 30.

Laube zu verkaufen. Stube und Küche in Baumschulenweg, Berlin, Kiefholzstr. 21.

Zum Verkauf! Stubeneinrichtung Emblen, Anton, Liebenwalder Str. 3.

Pianos, tadellos, gebrauchte von 12—1800.— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Holzräder aller Größen Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, ...straße 94. Nord. 5884.

Möbel-Rath liefert ... Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Küchen, Teilzahlung gestattet. ... Str. 44, am ...

Bettstellen zwei echte Nußbaum, Basel, Frankfurter Allee 224.

Verkaufe äußerst billig [illegible]

Teppichverkauf. Tischdecken, Divandecken, Tüllbettdecken, Steppdecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portieren, Läuferstoffe und Federbetten billigst Hermann, Frankenstr. 9 II, Ecke Eisenacher Str. (Schöneberg).

Warne hiermit jeden meiner Frau irgendetwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Friedrich Breithoff.

[illegible] Borsigstraße 11.

Geübte Zigaretten-Handarbeiterinnen und -Arbeiter für sehr gut bezahlte ... und -Arbeit Heimarbeit gesucht. Da zur Zeit verfolgt erbitte nur schriftliche Angebote unter D. 22 an die Expedition der „Freiheit".

Landrichter, außerdienstlich, Rechtsbeistand in allen ordentlichen Rechtsfällen. Gerichtsvertretung, Eingaben usw. Beratung kostenlos. Lothringer Str. 47, Müllerstr. 176.

[illegible]

Felle gerbt, färbt, Pelze reinigt Gerberei Neukölln, Hermannstraße 5.

Hausierer gesucht Schelanske, O Weichselstraße ... I.

Möbel- und Geschäftsfuhrwerk fährt billig ..., ... Str. 79.

Wer von den Genossen jeder Art Schreibereien zu erledigen hat, wende sich an mein Bureau, Borsigstraße 11 (auch Sonntags vormittags).

Homöopath Inst. Meißner **Müggelstr. 25** am Bahnhof Frankf. Allee für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden nerv. Schwäche Sper. veralt. Fälle bei schneller sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. - Ausk. kostenl. Sprechst. 10-1, 5-8 Sonnt. 10-12

Wie ich meine **Tätowierung** schmerzlos ohne Stechen, Schneiden, narbenfrei selbst entfernte. Auskunft gratis Sprechst. 4—7, Sonntag 9—12 Nitschke, Charlottenb., Kantstr. 60, hpt., nahe Bahnh.

Moabit. Die Spedition der „Freiheit" befindet sich vom 1. April ab nicht mehr Lübecker Str. 43, sondern **Lübecker Str. 11.**

Achtung! Tempelhof Vom 28. d. M. befindet sich die Spedition der „Freiheit" Werder Straße 31. Zeitlich werden auch **Botenfrauen** eingestellt

Achtung!! Niederschöneweide Die Spedition der „Freiheit" befindet sich Sedanstraße 57 bei Schallranietz.

Achtung!! Die Spedition der **„Freiheit" in Johannisthal** befindet sich Kaiser-Wilhelm-Str. ... bei Göpfert

Inserate für den darauffolgenden ... 5 Uhr, ... Uhr nachm. ... Expedition ...

Die Delegiertenwahl zum Rätekongreß.

Die gestrige Vollversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins hat der Unabhängigen Partei einen vollen Erfolg gebracht. Bei der Wahl der Delegierten zum Rätekongreß erhielten die Kandidaten der Unabhängigen 355, die der Rechtssozialisten 205, die der Demokraten 83 Stimmen, so daß die U. S. P. 9, die Rechtssozialisten 5 und die Demokraten 2 Delegierte zum Rätekongreß stellen. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Bei einer Wahlbeteiligung der Kommunisten wäre das Ergebnis für die Rechtssozialisten und die Demokraten noch klärlicher ausgefallen. Aber auch so zeigt der Ausfall der Wahlen, daß die U. S. P. jetzt selbst ohne die Kommunisten über eine beträchtliche Mehrheit im A.- und S.-Rat in Groß-Berlin gebietet.

Gegenüber der letzten Wahl zum Vollzugsrat hat die Unabhängige Partei eine wesentliche Vermehrung ihres Einflusses zu verzeichnen. Damals wurden noch 7 Rechtssozialisten 7 Unabhängige 2 Demokraten und 2 Kommunisten gewählt. Und bei der ersten Wahl des Vollzugsrats, die im Dezember stattfand, waren die Unabhängigen sogar noch in hoffnungsloser Minderheit. Das hat sich in kurzer Zeit gründlich geändert. Der Einfluß der Rechtssozialisten ist in raschem Schwinden begriffen. Der Ausfall der gestrigen Wahlen hat gezeigt, daß selbst Arbeiterräte, die gegenwärtig noch offiziell zur Fraktion der S. P. D. gehören, bei den Wahlen die Liste der U. S. P. gewählt haben. Auch sind im Laufe der letzten Zeit viele Uebertritte von der Fraktion der S. P. D. zur Fraktion der U. S. P. D. erfolgt. Wo in den Fabriken Neuwahlen der Arbeiterräte stattfanden, ist überall ein wesentlicher Rückgang des Einflusses der S. P. D. zu verzeichnen.

Dieser Erfolg ist neben der verräterischen Haltung der rechtssozialistischen Führer und des „Vorwärts" in der Hauptsache dem klaren Bekenntnis der U. S. P. D. zum Rätesystem zu danken.

*

Auf der Tagesordnung der gestrigen Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins stand als einziger Punkt die Wahl der Delegierten zum 2. Rätekongreß. Die Wahl erfolgte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Berg für die Kommunisten eine Erklärung ab, daß sie sich an der Wahl nicht beteiligen. Genosse Richard Müller brachte darauf folgendes

Antworttelegramm der Ungarischen Räteregierung

zur Verlesung:

„Mit Freude haben wir Euere Begrüßungen entgegengenommen. Durch Euere Arbeit, durch Eueren Kampf habt Ihr uns bis jetzt eine grenzenlose Bewunderung eingeflößt. Wir waren stolz darauf, Euch als unsere Genossen betrachten zu können und daß wir mit Taten hervortreten konnten, die Euch mit Genugtuung erfüllen. Die Diktatur des Proletariats in Ungarn fiel als reife Frucht unserer Kämpfe und Leiden in unseren Schoß, kein Tropfen Blut wurde vergossen. Sobald wir die Macht hatten, haben wir uns, ohne eine Minute zu verlieren, ans Werk gesetzt. Schlag auf Schlag stürzt eine Mauer der kapitalistischen Zwingburg nach der anderen zusammen, die Fesseln der Lohnsklaverei sind in tausend Stücke zerrissen. Zugleich haben wir aber auch mit dem Aufbau der neuen Welt begonnen, das Wirtschaftsleben geht seinen Gang, es funktioniert schon jetzt viel besser als früher. Nur die Schmarotzer sind beseitigt, aber was an geistiger und physischer Energie im Land vorhanden ist, ist am Werk. Die Produktion und der Verkehr befinden sich in unseren Händen. Mit dem Schmarotzertum der Nichtstuer ist es zu Ende.

Die Vorräte sind beschlagnahmt, sie werden teils zur gerechten Verteilung gelangen, teils als Material beim Aufbau der kommunistischen Organisation der Produktion verwendet werden. Alle gesetzlichen Fesseln, die vom Kapitalismus zur Verkümmerung des proletarischen Daseins erfunden wurden, die Brandmarkung der ungesetzlichen Ehen, die Zurücksetzung des unehelichen Kindes, sind gesprengt. Luft, Licht, Reinlichkeit, ein früheres Privileg der Bourgeoiskinder, ist dem proletarischen Nachwuchs erschlossen und in vollstem Maße zugänglich gemacht. Die Theater und Kinos, die bis jetzt hauptsächlich den Vergnügungen der Reichen dienten, sind zur Pflege der Kunst angehalten und den Proletariern zugänglich gemacht.

Die Presse, diese mächtigste Waffe des Kapitalismus zur Vernebelung der proletarischen Gehirne, wurde in unserem Dienst, in den Dienst zur Errichtung einer besseren Zukunft gestellt. Begeistert eilen die Scharen der Proletarier in die roten Garden, bereit, ihre Befreiung von der kapitalistischen Sklaverei mit ihrem Herzblut zu verteidigen.

Alto Kopf hoch, Arbeitsbrüder! Das Ende der kapitalistischen Gesellschaft ist angebrochen. Es schlägt die Stunde, wo die Expropriateure expropriiert werden.

Volkskommissar Kun."

Während der Auszählung der Stimmen erhielt Dr. Schwabe von der Freien Hochschulgemeinde das Wort, um in flüchtigen Strichen ein Programm für die zu errichtenden

Kurse für Arbeiterräte

zu entwerfen. Die Sozialisierung kann nur vorwärts gehen, wenn die Arbeiterschaft in der Lage ist, die wirtschaftliche Struktur und die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu beurteilen. Der für diese Kurse eingesetzte Ausschuß hat sich nach einigen vorbereitenden Arbeiten an den Vollzugsrat gewandt, um unter Anlehnung an die Arbeiterräte mit der Lösung dieser Aufgaben beginnen zu können. Der Vollzugsrat hat diesen Plänen im großen und ganzen zugestimmt. Das Ziel der Arbeit ist nicht, die Ingenieure zu ersetzen, sondern das Verständnis der Arbeit des Ingenieurs und Kaufmanns zu ermöglichen. Dazu ist erforderlich eine allgemeine Vorstellung von Betriebskunde, Buchführung, vom Lesen einer Bilanz usw., um der Sabotage der Unternehmer entgegenwirken zu können. Der Referent ging dann die einzelnen Kurse durch, mit denen schon in nächster Zeit begonnen werden kann. Die Teilnehmerzahl an einem Kursus muß auf 20 bis 30 beschränkt bleiben, wenn die aufgestellten Ziele erreicht werden sollen. Der Vollzugsrat hat eine Kommission unter dem Vorsitz des Genossen Däumig ernannt, welche die Zusammenarbeit mit der Freien Hochschulgemeinde ermöglichen soll. Es ist ferner die Errichtung von Auskunfts- und Beratungsstellen für strittige Fragen technischer, kaufmännischer und rechtlicher Art in Aussicht genommen.

Das Wahlergebnis.

Unterdessen sind die abgegebenen Stimmen ausgezählt worden und haben folgendes Ergebnis gezeitigt:

Es sind abgegeben 661 Stimmen. Davon fielen auf die Liste der Unabhängigen 355, auf die Liste der Rechtssozialisten 205, auf die Liste der Demokraten 83 Stimmen. Unbeschriebene Zettel sind 18 abgegeben worden. Es sind somit gewählt als Vertreter der Unabhängigen Däumig, Müller, Ledebour, Pfeiffer, Koch, Sievers, Walter, Stimmig und Schumann, als Vertreter der Rechtssozialisten Kalisky, Büchel, Amendt, Reue und Joelsohn, als Vertreter der Demokraten Lehrer Flüge und Dr. Michaelis.

Da auch zu den Gewählten der sich in Haft befindliche Genosse Ledebour gehört, soll sich der Vollzugsrat zwecks Freilassung mit dem Justizminister in Verbindung setzen.

Eine von der Fraktion der S. P. D. eingereichte Resolution fand darauf einstimmige Annahme:

„Die heutige Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins fordert die Arbeiterräte der Kommunen auf, dafür zu sorgen, daß die unschuldigen Opfer der letzten Kämpfe von den Gemeinden restlos entschädigt werden. Weiter heben die Betriebsobleute aller Parteien in ihrer gestrigen Zusammenkunft beschlossen, soweit die in Frage kommenden Opfer von den Kommunen nicht unterstützt werden, diese aus den gesammelten Fonds der Arbeiter zu unterstützen. Dazu bedarf es einer regeren Sammeltätigkeit wie bisher, und werden die Arbeiterräte aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken."

Zum Schluß machte ein Vertreter der Konsumgenossenschaft Mitteilungen über die Brotpreiserhöhung von 9 Pf., die auf Grund von Berechnungen der Arbeiterräte in der Konsumgenossenschaft nicht nötig gewesen wäre. Die Schuld dieser Verteuerung sei ausschließlich auf die falsche Politik des Bäckerverbandes zurückzuführen.

Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Der Ausschuß trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurde zunächst die Frage erledigt, ob und inwieweit von Preußen, insbesondere seitens der Landesversammlung, die doch nur die Aufgabe habe, die Verfassung festzusetzen, nach dieser Richtung hin etwas geschehen solle, da bereits ein Ausschuß für Bevölkerungspolitik, den der verflossene Reichstag eingesetzt hatte, immerhin wertvolle Vorarbeit geleistet hatte.

Dr. Weyl (U.S.P.) beantragte, daß mindestens seitens des Ausschusses auf die Reichsregierung eingewirkt werden soll in allen den Punkten, die eine unmittelbare und schleunige Erledigung dringend erheischen, während die andern Gegenstände, wie Wohnungsfrage, Kampf gegen die Tuberkulose, gegen Alkohol, Geschlechtskrankheiten, Steuerfragen, dem Reiche bzw. der Nationalversammlung vorbehalten bleiben können. Wir verlangen, so führte er aus, ein Gesundheitsministerium in Preußen, schon um die in Kleinstädten und auf dem Lande darniederliegenden Verhältnisse von Grund aus zu verbessern und eine Ueberwachung der vom Reich erlassenen Verordnungen zu ermöglichen. Unmittelbar und sofort nach Abhilfe schreit aber der Mangel, daß den Frauen der Minderbemittelten Bevölkerung, soweit sie nicht selbst Mitglieder der Krankenkassen sind, keine Wochenhilfe gewährt wird, die sich immerhin in Art der Reichswochenhilfe für die Angehörigen unserer Krieger bewährt hat. Zweitens die obligatorische Einführung der Familienversicherung bei sämtlichen Krankenkassen. Wenn auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik die Parteien nicht nur Lippenbekenntnisse ablegen, sondern ernstlich wirken wollen, so ist jetzt der Augenblick, wo sie es zeigen können, indem sie an der Durchführung dieser Dinge mitarbeiten.

Von allen Parteien wurden entgegenkommende Erklärungen abgegeben. Alle wollen dafür eintreten, daß noch heute in der Landesversammlung ein entsprechender Antrag zur Verhandlung und Verabschiedung kommt. Dieser Antrag — der der Anregung des Dr. Weyl (U. S. P.) zu verdanken ist, hat folgenden Wortlaut:

Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sofort und unter Zurverfügungstellung von Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln

1. allen Frauen der minderbemittelten Bevölkerung eine Wochenhilfe in Art der bisherigen Reichswochenhilfe gewährt,
2. die Krankenversicherung auf die Familien der Versicherten als Regelleistung ausgedehnt wird.

Groß-Berlin.

Brotkarten 14 und 15 ebenfalls ungültig.

Auch für die beiden Wochen vom 31. März bis 6. April und 7.—13. April 1919 hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin aus denselben Gründen wie für die letzte Woche beschlossen, die Brotkarten für ungültig zu erklären und Brot auf Lebensmittelkarten abzugeben, jedoch müssen in diesen Wochen gleichzeitig mit den zur Brotentnahme bestimmten Abschnitten der Lebensmittelkarten auch die über die gleichen Gebäckmengen lautenden Abschnitte der für ungültig erklärten Brotkarten abgegeben werden. Brot und Mehl darf in der Woche vom 31. März bis 6. April nur auf die Abschnitte 8, 9 und 10 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, in der Woche vom 7. bis 13. April nur auf die Abschnitte 11, 12 und 13 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte abgegeben werden, und zwar entfallen auf Abschnitte 8 und 11 je 1000 Gramm, auf Abschnitte 9 und 12 je 850 Gramm und auf Abschnitte 10 und 13 je 500 Gramm. Auf die Abschnitte 10 und 13 können an Stelle von 500 Gramm Brot 300 Gramm Mehl bezogen werden.

Beim Umtausch von Reisebrotmarken treten die genannten Abschnitte der Lebensmittelkarte wiederum an die Stelle der Brotkarte.

Post und Arbeitslosigkeit.

Die Klagen über die Nachberechtigung der Bestimmungen des Demobilmachungsamtes über Entlassung von Arbeitskräften zugunsten der Erwerbslosen werden an verschiedenen Postämtern nicht beachtet. Nach den Bestimmungen, die den Postanstalten zweifellos bekannt sind, sollen alle die weiblichen Arbeitskräfte zunächst zur Entlassung kommen, die auf die Arbeit nicht so sehr angewiesen sind. Das ist der Fall, wenn der Mann Arbeit hat. Ferner sind beispielsweise im Hofpostamt Frauen beschäftigt, während der Mann Erwerbslosenunterstützung bezieht. Es wird gefragt, warum in solchen Fällen der Mann an Stelle der Frau nicht eingestellt wird. Es gibt Fälle, in denen der Mann Arbeit hat und die Frau noch heute bei der Post arbeitet, was nach den Bestimmungen nicht mehr zulässig ist. Dann sind noch Mädchen beschäftigt, deren Eltern in der Provinz eine gutgehende Wirtschaft betreiben, und die ruhig wieder nach Hause gehen und andern Arbeitslosen Platz machen können. Es wird der Verdacht ausgesprochen, daß manche Vorgesetzte diese Mädchen sehr gern behalten, weil sie manche Lebensmittel durch diese vom Lande stammenden Mädchen erhalten. Solche Schiebungen kommen in vielen Betrieben und Anstalten vor. In Fabriken haben die Arbeiterräte diese Korruption beseitigt. Aber in staatlichen und auch städtischen Instituten besteht die Vetternwirtschaft noch fort. Hier muß endlich aufgeräumt werden.

Schulentlassungsfeiern.

Die Freie Jugend Groß-Berlins veranstaltet in ihren einzelnen Bezirken am kommenden Sonntag nachmittag für die jetzt aus der Schule entlassenen Knaben und Mädchen mehrere Schulentlassungsfeiern, womit teilweise eine Einführung der jungen Menschen in die vorhandenen Jugendheime verknüpft ist. Die Feiern bestehen aus einer Festrede, musikalischen Vorträgen und Rezitationen. Der Eintritt ist frei. Die Eltern werden gebeten, dort mit ihren schulentlassenen Kindern zu erscheinen, um sich zugleich von dem Wert der Jugendheime für die Selbsterziehung der Jugendlichen zu überzeugen. Alles nähere ist in der Rubrik „Aus den Organisationen" zu ersehen.

Angestellte und Arbeiter im Groß-Berliner Buchhandel! Sonntag, den 30. März, vormittags pünktlich 10 Uhr, in den Prachtsälen des Westens, Spichernstr. 3, öffentliche Versammlung aller Angestellten und Arbeiter im Groß-Berliner Buchhandel. Tagesordnung: Stellungnahme zum Kollektivvertrag für den Berliner Buchhandel.

Vermißt. Wilhelm Frost, ehemaliges Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, ist bis vor den Unruhen im 10. Depot in Tegel gewesen. Das Depot ist dann geräumt worden und seitdem fehlt jede Spur von dem Vermißten. Alle Nachforschungen nach ihm sind ohne Erfolg gewesen. — Nachrichten sind an Wilke, Stolpische Straße 43, zu richten.

Kriegsbeschädigte Vertrauensleute der Betriebe Groß-Berlins! Montag den 31. März, abends 7 Uhr, Konferenz im Restaurant Stralauer Hafen, Stralau, Krachtstraße, 5 Minuten vom Bahnhof Treptow oder Stralau Rummelsburg. Beide Organisationen sind eingeladen.

Ehemalige Angehörige des Depot X der republikanischen Soldatenwehr Tegel erhalten die restlichen 110 M. am Montag, den 31. 3. 19 nach Abgabe ihrer Bekleidungsstücke bei der Abrechnungsstelle im Depot 7, Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 77, in der Zeit von 9—3 Uhr.

Treptow-Sternwarte. Folgende Vorträge finden statt: Sonnabend, den 29. März, 5 Uhr: „Vom Monte Rosa zur afrikanischen Küste" (Filme). Sonntag, den 30. März, 3 Uhr: „An den Ufern des Rheins" (Filme). 5 Uhr: „Ferientage an der Ostsee, in der sächsischen Schweiz und im Spreewald" (Filme). 7 Uhr: „Im Lande des Schwarzen" (Deutscher Sudanfilm). Dienstag, den 1. April, 7 Uhr: „Sonne und Mond" (Lichtbildervortrag von Dir. Dr. Archenhold). Mit dem großen Fernrohr sind jetzt am Tage die Venus und am Abend der Jupiter und Saturn günstig zu beobachten.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses (Eingang Klosterstraße) Jugendweihe. Festvortrag des Herrn Dr. Bruno Wille. — Einlaßkarten werden nicht mehr ausgegeben.

Die Freie Turnerschaft Tempelhof-Marienfelde veranstaltet am Sonnabend, 29. März, 7 Uhr abends, im Lokal Wilhelmsgarten, Berliner Straße 79, das Stiftungsfest seiner Frauenabteilungen. Programm besteht aus Konzert, turnerischen Aufführungen, mit anschließendem Tanz. Eintritt 2 M., Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher 1 M. Die Genossen und Freunde der Turnerei sind hierzu herzlichst eingeladen. Das Komitee.

Lebensmittelkalender.

Spandau. Vom 1. April ab findet auch bei dem Kaufmann Weiß, Gartenfelder Straße 38, Verkauf von Voll- und Magermilch statt.

Reinickendorf. Ab Montag, den 31. d. M., wird die D-Kinderkarte auf Abschnitt XI. D. mit je ½ Pfd. Speck zu 1,40 M., resp. ½ Pfd. Wurst, resp. 1 Büchse Oelsardinen oder 2 Eier zu 1 M. aus beschlagnahmten Beständen beliefert.

Aus den Organisationen.

Erster Kreis. Generalversammlung am Montag, den 31. März, abends 8½ Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen Realgymnasiums, Niederwallstraße. Tagesordnung: Parteitagsberichterstattung, Stellungnahme betr. Frauenzeitung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vierter Wahlkreis. Sonnabend, 30. März, vormittags pünktlich ½10 Uhr, in der Concordia, Andreasstr. 64, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über den Parteitag. Mitgliedsbuch legitimiert.

Reinickendorf-West. Montag, 31. März, abends 7 Uhr, Frauenversammlung im Lokale des Herrn März, Ecke Scharnweber- und Antonienstraße. Vortrag über die Einheitsschule.

Bruchmühle. Sonntag, 30. März, abends 6 Uhr, bei Nagel, Oeffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die politische Lage und die letzten Vorgänge in Berlin. Referent: Genosse Küter-Karlshorst. — Donnerstag, 3. April, 7½ Uhr abends, Mitgliederversammlung bei Möser.

Freie Jugend Groß-Berlin. Die Zentralsitzung findet nicht, wie bestimmt, um 8 Uhr, sondern pünktlich um 7½ Uhr statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Ortsgruppenvertreter notwendig.

Freie Jugend Rosenthaler Vorstadt. Am Dienstag, den 1. April, abends 7½ Uhr, Gruppensitzung in der Gemeindeschule Gipsstr. 23a, Zimmer Nr. 5.

Freie Jugend Bez. Moabit. Sonntag, den 30. März, abends 6 Uhr, Frühlingsfeier für die schulentlassene Jugend und deren Eltern, in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Bochumer Straße 8b.

Freie Jugend Gesundbrunnen. Sonntag, den 30. März, abends 5 Uhr, im Lokal Borchert, Stettiner Straße 12, Liederabend. Dienstag, den 1. April, abends 7½ Uhr, im gleichen Lokal, Schulentlassungsfeier, wozu alle Schulentlassenen herzlichst eingeladen sind.

Freie Jugend Adlershof. Sonntag, 30. März, Wanderung nach Storkow, Treffpunkt 6½ Uhr Marktplatz. Donnerstag, 3. April, Oeffentliche Versammlung bei Kaul, Bismarckstr. 47. Thema: „Jugend und Militarismus". Veranstaltungen jeden Montag und Donnerstag, Heim, Bismarckstraße, Schule.

Freie Jugend Reinickendorf-Ost. Morgen, Sonntag, den 30. März, nachmittags 5 Uhr, im Jugendheim, Amendestr. 79, Schulentlassungsfeier.

Freie sozialistische Jugend Neukölln. Sonntag, den 30. März, nachmittags 4½ Uhr, Einführungsabend der Schulentlassenen im Jugendheim, Roggestraße 15. (Eingang vom Flur.)

Freie Jugend Steglitz-Friedenau. Sonntag, 30. März, im Jugendheim, Kniephof-, Ecke Teverstraße, Schulentlassungsfeier.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Nichts ist sicherer

als

Berliner Stadtanleihe von 1919

zeichnen nicht vergessen!

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Die Heirat.

Opernhaus Richard-Strauß-Woche 3. Abend 7 Uhr: Salome.

Schauspielhaus 7 Uhr: Die Braut v. Messina.

Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater 7 Uhr: Wie es euch gefällt

Kammerspiele 7½ Uhr: Fasching.

Kleines Schauspielhaus 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lessing-Theater Direkt. Victor Barnowsky. 7½ Uhr: Der Blaufuchs. Sonntag: Der Blaufuchs. Montag: Der rote Hahn.

Deutsches Künstler-Theat. 7 Uhr: Der Schöpfer. Sonntag: Der Schöpfer. Montag: Der Schöpfer.

Comöd.-Theater. 7½ Uhr: Die Schönste von Allen.

Deutsch. Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: **Carmen.**

Friedrich-Wilhelmst.-Theater. 7½ Uhr: Hannerl. **Das Dreimäderlhaus.** II. Teil.

Neues Theater. 7½ Uhr: **Salto mortale.**

Komische Oper. 7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.** Stg. 3½ U.: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7½ Uhr: **Die spanische Fliege**

Metropol-Theater. 7½ Uhr: **Die Faschingsfee.** Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 4a Norden 261 7½ Uhr: **Die keusche Susanne**

Palast-Theater. 8 Uhr: Piccolomini. 7 Uhr: Christus.

Schiller-Theater Charlottenburg 8 Uhr: Ein Volksfeind.

7½ Uhr: **Wie es euch gefällt.**

Thalia-Theater 7 Uhr: **Zur wilden Hummel.**

Theater am Nollendorfplatz. 8½ Uhr: Wallensteins Tod. 7 Uhr: **Wo die Lerche singt.**

Theater des Westens. 7½ Uhr: **Madame Sherry.** Stg. 3½ U.: Die Dollarprinzessin.

Wallner-Theater 7½ Uhr: **Geisha** Stg. 3½ Uhr: Graf v. Luxemburg.

Rose-Theater 3 Uhr: Schneewittchen. 7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus Gastspiel d. Friedrich Wilhelmstädt. Theaters.

Walhalla-Theater 7 Uhr: August der Starke

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Der Schlager der Spielzeit. Das neue Berliner Volksstück: **Vater Knolle.** Dazu erstklassige Spezialität. Stg. 3½ U.: Ehrliches Handwerk

Wintergarten täglich 7½ Uhr **Varietévorstellung** Rauchen gestattet.

Piano oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft **Schachtschneider**, Rathenowerstr. 14, III. Preisangebot erbeten.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe

48 Seiten. Preis 35 Pf.

Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse

Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT" e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Speditionswechsel!

Unsere bisherigen Speditionen C. F. Neumann, C, Grünstr. 21 und G. Walter, Wm., Kronenstr. 2 werden mit 1. April zu Otto Zacher, An der Fischerbrücke 2 (Laden) verlegt. Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche unsere Zeitung bisher durch die oben genannten Speditionen erhalten haben, unverzüglich ihre Adresse mittels Postkarte dem neuen Spediteur Otto Zacher, An der Fischerbrücke 2 (Laden), bekanntzugeben, um auf diese Weise die durch den Speditionswechsel allenfalls mögliche Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung zu vermeiden. **Verlag „Freiheit" e. G. m. b. H.**

Neu erschienen: **Singe mit** Sammlung revolutionärer Kampfeslieder für Massengesang Preis 50 Pfg. — Porto 5 Pfg. Theaterstücke, Prologe, Lieder, Postkarten, Anstecknadeln zur **Mai-Feier** Rich. Lipinski, Leipzig Königstr. 12. Fernspr. 2304.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr Jägerstr. 12.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane. Dr. Ritters Heilanstalt **Jägerstr. 12** 11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Wir liefern **Möbel** kompl. Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer usw., Küchen sowie Einzelmöbel auf Teilzahlung und gegen bar durch frühzeitigen Abschluß zu billigen Preisen. Unsere Lager sind sehr gut sortiert. **Gebr. Kassner,** Bülowstraße 6.

Roßwurst gibt wieder täglich ab **Grunzow,** Auguststr. 49a. Norden 7019.

Oestliche Berliner Vororte.

Speditionswechsel.

Die Speditionsfirma Großkopf gibt vom 1. April l. J. an die Bestellung unserer Zeitung auf. Wir werden daher die Abonnements von diesem Tage an wieder der Post überweisen.

Um eine Unterbrechung in der Zustellung zu vermeiden, bitten wir alle unsere Abonnenten, welche bisher die Zeitung durch Großkopf erhielten, ihre Adresse sofort mittels Postkarte uns bekanntzugeben.

Verlag „Freiheit", E. G. m. b. H.

Botenfrauen

werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:

Berlin:
Bley, Rannerstraße 30.
Kreutsch, Lieberstraße 50.
Hentel, Liebenwalder Str. 18.
Hackbarth, Michaelkirchplatz 2.
Brunke, Lottumstraße 14.
Girschner, Gitschiner Straße 92.
Döring, Glogauer Straße 23.
Peterson, Flensburger Straße 24.
Bienie, Bergstraße 1.
Schiffbauerdamm 19.

Charlottenburg:
Morenz, Wallstr. 66.

Niederschöneweide:
Schaffranig, Schnellerstraße 87.

Steglitz:
Naud, Albrechtstr. 4.

Wilmersdorf:
Beucke, Gieselerstraße 28.

Spandau:
Köppen, Berlinerstr. 64.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr 83-85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 145, 1289, 1947, 9714.

Sonntag, den 30. März 1919, vorm. 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Bauschlosser

im Verbandshaus, Linienstr. 83-85.

Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern.
2. Beschlußfassung über das Tarifabkommen.
3. Verschiedenes.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung werden alle Kollegen von sämtlichen Betrieben ersucht, diese Versammlung zu besuchen und recht rege dafür zu agitieren. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Achtung! **Achtung!**

Elektromonteure und Helfer Groß-Berlins.

Montag, den 31. März 1919, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der Elektromonteure und Helfer

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (großer Saal).

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl des Branchenleiters und der gesamten Kommission.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Zutritt nur für Mitglieder.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 31. März 1919, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker usw.

in den Musikersälen, C., Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenkommission.
2. Diskussion.
3. Neuwahl des Branchenvertreters und der Kommission.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.

— Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt! —

Montag, den 31. März 1919, abends 7 Uhr:

Außerordentliche Versammlung der Gasklempner

in den Andreasfestsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:
Bericht der Verhandlungskommission betreffs Lohntarif.

Es muß jeder Kollege und Kollegin in dieser Versammlung zur Stelle sein.

Die Ortsverwaltung.

Soeben erschienen:

Wie werden wir wieder reich?

Von Erich Kuttner

Preis 20 Pfg.

Reichtum und Sozialismus - wie hängen beide zusammen? - und wie erreichen wir sie?

Die einzig richtige Antwort hierauf gibt Erich Kuttner in dieser Broschüre.

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

Möbel-Beiser

Lothringer Strasse 67

liefert auf bequemste Teilzahlung und gegen bar

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen zu mässigen Preisen.

Komplett aufgestellte **Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer** in grosser Auswahl.

Einzelne Möbel und farbige Küchen

Besichtigung wirklich lohnend!

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden

spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Manneschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von **Dir. Löser senior,** Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz. Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

Dirigent sucht Männergesangverein. Uebungsstunde Dienstags ab bis 10½ Uhr. Offerten mit Honoraransprüche an **Max Jeutzsch,** Brüsseler Str. 34.

Mehl-Hahlmühle erstklassige Ausführung billig zu verkaufen. [illegible] 119, Seitenflügel 4 Tr. l.

Durch den Vertrieb eines leicht verkäuflichen **Massenartikels** sichern Sie sich dauernd gutes Verdienst. Muster 3 Mark. Off. u. L. N. 4465 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Säcke, Pläne, Garn kauft **Bredow,** Charlottenstraße 82.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16

große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie **neuer** Pianos. Panzerplatte, weiße Filze. Kupferbespannung 1800 Mark.

Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden u. Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag etc. Manneschwäche. Ehrlich-Hata-(Salvarsan)Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Fluren-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. mediz. Bäder. Damenraum separat. Aerztlich geleitete Heilanstalt.

Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Arbeitersekretär gesucht.

Das Kartell der Freien Gewerkschaften von Hagen Stadt und Land sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Arbeitersekretär. Es wird Wert auf erste bewährte Kraft gelegt. Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse mit entsprechenden Teuerungszulagen, oder Gehalt nach Uebereinkunft. Gefl. Offerten an Unterzeichneten erbeten.

Josef Ernst

Hagen i. Westf., Eppenhauserstr. 49.

Parteisekretär gesucht.

für Hannover. Bewerber müssen organisatorische u. agitatorische Fähigkeiten besitzen und rednerisch für die U. S. P. wirken können. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind bis 11. April unter der Aufschrift „Parteisekretär" an Willy Winter, Hannover, Artilleriestraße 8, parterre, zu richten.

Den werten Vereins- und Gewerkschaftsgenossen zur Nachricht, daß ich das Lokal von **Kalkbrenner** Gerichtstraße 40 am Weddingplatz käuflich erworben habe.

Großes Vereinszimmer für Vereine und Versammlungen.

Bitte das mir früher dargebrachte Vertrauen auch in Zukunft zu bewahren.

Willi Kaczorowski, früher Ravenéstr. 6.

---

4. Wahlkreis U. S. P. D.
Bezirk 411, Abteilung 38.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Hermann Mönke

Ebertystr. 16

von der Noskegarde ermordet worden ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. von der Leichenhalle des Auferstehungsfriedhofes in Weißensee, Weißenseer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

der Vorstand.

Geschäftsstelle: [illegible]
Tel. [illegible]

Unser Mitglied, Herr **Max Zönsle** Nordhafen 2a ist verstorben.

Einäscherung: Sonnabend, d. 29. 3. 19, nachm. 4 Uhr im Krematorium Gerichtstraße 37/38.

Wahlkreis Niederbarnim U. S. P. D. Bez. Lichtenberg, I. Viertel

Am 24. März verstarb unser Genosse, der Schlosser

Hugo Sawitsky

Gürtelstr. 27,

infolge einer Erkältung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachm. 3 Uhr auf dem Friedhofe in der Löckstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksleitung

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung unseres lieben Vaters, des Stuckateurs

Wilhelm Schulz

sagen wir hiermit innigsten Dank

Geschwister Schulz. Rüdersdorfer Str. 31

Die Beisetzung findet am Sonntag, d. 30. März vorm. 10 Uhr auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin die Arbeiterin

Marie Rißmann,

Torgauer Straße 3, am 23. d. Mts.,

die Kollegen, der Feilenschleifer

Wilhelm Schulz,

Schulstraße 67, am 21. d. Mts.,

der Schlosser

Karl Hinz,

Insterburger Straße 9, am 24. d. Mts. gestorben sind

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin die Arbeiterin

Berta Hänsel,

Urbanstraße 84, am 25. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 29. d. Mts. nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des III. Kreuz-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Ehre ihrem Andenken!

Speditionswechsel!

Die bisherige Spedition **Kordgien, SW, Solmsstr. 4,** wird mit 1. April l. J. zu

Girschner, Gitschiner Strasse 92

verlegt. Der erstgenannte Spediteur wird daher von diesem Tage an unsere Zeitung nicht mehr bestellen. Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche bisher durch Kordgien unsere Zeitung erhielten, ihre Adressen unverzüglich der neuen Spedition (Girschner, Gitschiner Strasse 92) mittels Postkarte bekannt zu geben, um eine Stockung in der Zustellung zu vermeiden. **Verlag „Freiheit", E. G. m. b. H.**

Schweizer Musikhaus + Sechste Filiale Wedding

Reinickendorfer Straße Nr. 117
¼ Minute vom Bahnhof, gegenüber A T-Lichtspiele

Spezial-Verkauf der Odeon-Musik-Apparate und der Odeon-Musik-Platten

Eröffnung

Sonnabend, den 29. März 1919
Nachmittags 3 Uhr

Schweizer Musikhaus
Hauptgeschäft: Schönhauser Allee Nr. 196
Filialen: Schönhauser Allee Nr. 130 / Badstraße Nr. 57 / Weißensee: Antonplatz